



Newsletter: NRW gegen Diskriminierung

Vorwort

Auch 2015 informiert der Newsletter der Servicestellen weiterhin über die Arbeit der Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit, weist auf Veranstaltungen im Themenfeld hin und empfiehlt Literatur für die Arbeit gegen Diskriminierung. Er richtet sich an PraktikerInnen in der Integrations- und Antirassismuserbeit. Die im Text gekennzeichneten Hyperlinks können durch „Strg“+Anklicken aufgerufen werden.

Eine anregende Lektüre bei der ersten Ausgabe des Newsletters für 2015 wünschen Ihnen
die Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit

Gleichbehandlungsbüro (GBB) Aachen

Mail: gbb@paez-aachen.de
www.gleichbehandlungsbuero.de
0241 4017778

Planerladen e.V.

Integrationsprojekt im Wohnbereich
Mail: integration@planerladen.de
www.integrationsprojekt.net
0231 8820700

Antidiskriminierungsbüro Siegen

Mail: guel.ditsch@vaks.info
www.mediathek-gegen-rassismus.de
0271 3175745

AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln

Mail: info@oegg.de
www.oegg.de
0221 96476300

Anti-Rassismus Informations-Centrum ARIC-NRW e.V.

Mail: info@aric-nrw.de
www.aric-nrw.de
0203 284873



Gefördert vom
Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen





Aus der Arbeit der Servicestellen:

Bildungsarbeit/Prävention

- „Stammtischparolen gegen NeuzuwanderInnen entgegentreten“. Einblicke in das Argumentationstraining von **ARIC-NRW e.V.** im Interview mit der Trainerin Irma Lababidi. ([Seite 18ff](#))
- Das **Gleichbehandlungsbüro Aachen** blickt auf zwei Fortbildungen zurück. ([Seite 27](#))
- **Planerladen e.V.** berichtet u. a. aus seinen Projekten „*Wo bleibe ich? – Wohnen für Neuzuwanderer*“ sowie „*JuDo – Jugendliche in der Dortmunder Nordstadt – Stärkung der Teilhabe von osteuropäischen Neuzuwanderern*“. ([Seite 28ff](#))
- Die Aktivitäten des vom **Planerladen e.V.** im Jahr 2007 initiierten Jugendforums Dortmund-Nordstadt. ([Seite 31f](#))

Sensibilisierungs-/Öffentlichkeitsarbeit/Aufdecken von Diskriminierungsfeldern

- Das **AntiDiskriminierungsbüros Köln** sucht Vermieter_innen für das Siegel „Diskriminierungsfreie Vermietung von Wohnraum“. ([Seite 14](#))
- Das **Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung** und das **AntiDiskriminierungsbüros Köln** machten am Tag gegen Rassismus Stimmung in den KölnArcaden. ([Seite 15](#))
- **ARIC-NRW e.V.** blickt auf seine Jubiläumsfeier zum 20-jährigen Bestehen zurück. ([Seite 22](#))
- **Planerladen e.V.** informiert über den Verlauf bisheriger kultureller Diskussionsveranstaltungen. ([Seite 33ff](#))
- Diskriminierung durch Fitnessstudios: Ein Klient des **Gleichbehandlungsbüros Aachen** wendet sich an die Presse – Reaktionen. ([Seite 25f](#))
- **Mediathek gegen Rassismus/Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V.** berichten über die Autorenlesung „Unerwünscht“. ([Seite 23f](#))



Die Servicestellen informieren:

- Die **Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit** nehmen Stellung zu „Eckpunkte eines integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus der Landesregierung Nordrhein-Westfalen“. ([Seite 10](#))
- LAG Düsseldorf, 09.03.2015: Die Klage einer Bewerberin wegen ihrer Ablehnung aufgrund fehlender religiöser Anbindung: Das **AntiDiskriminierungsbüro Köln** und die Stiftung „**Leben ohne Rassismus**“ bewerten den Verhandlungstag in ihrer Pressemitteilung vom 21.03.2015. ([Seite 16](#))
- Das **Antidiskriminierungsbüro Siegen** verweist als Mitglied des **Runden Tisches der Religionen** in Siegen auf den Artikel „Von Nächstenliebe keine Spur“, in dem sich Prof. Dr. Thomas Nauman mit einem islamophoben Bericht in der Süddeutschen Zeitung (SZ) auseinandersetzt. ([Seite 36](#))
Ferner stellt das Büro den Flyer des **Netzwerks gegen Diskriminierung – ZAK** vor. ([Seite 37f](#))
- Die **Antidiskriminierungsstelle des Bundes** hat die Veröffentlichung „Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Strategien zum Nachweis rassistischer Benachteiligungen“ online gestellt. Sie entstand unter Mitwirkung des **Planerladen e. V.** ([siehe hier](#))

Impressum:

Texte und Herausgeber: Integrationsagenturen, Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit

Redaktion und Layout: ARIC-NRW e. V.

Kontakt: newsletter@NRWgegenDiskriminierung.de

© 2011

Bildrechte: Fotos in der Kopfzeile © Bildagentur Fotolia (Franz Pflügel, Olivier Le Moal, Miroslav)



Empfehlungen der Mediathek gegen Rassismus und Diskriminierung

(Die Titel können unter www.mediathek-siegen.de ausgeliehen werden)

Amirpur, Katajun (2013)

Den Islam neu denken - Der Dschihad für Demokratie, Freiheit und Frauenrechte

Medienart: Buch: ID: [08401](#)

Black Dog E.V. Jugend und Medienbildung (2013)

Karawane der Hoffnung - Ein Filmprojekt mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Medienart: DVD: ID: [08442](#)

Böttger, Andreas; Lobermeier, Olaf; Plachta, Katarzyna (2014)

Opfer rechtsextremer Gewalt

Medienart: Buch: ID: [08419](#)

Don Bosco Mission Bonn (2013)

Flucht und Migration - Wenn der Weg mal nicht das Ziel ist - Eine Handreichung für Lehrer

Medienart: Buch: ID: [08358](#)

Brinkmann, Heinz Ulrich; Uslucan, Haci-Halil (Hrsg.) (2013)

Dabeisein und Dazugehören - Integration in Deutschland

Medienart: Buch: ID: [08322](#)

Kraetzer, Ulrich (2014)

Salafisten - Bedrohung für Deutschland?

Medienart: Buch: ID: [08466](#)

Schuster, Silke (2013)

Interkulturelle Bildung - Die Bedeutung natio-ethno-kultureller Zuschreibungen in der Erwachsenenbildung

Medienart: Buch: ID: [08337](#)

Spetsmann-Kunkel, Martin; Frieters-Reermann, Norbert (Hrsg.) (2013)

Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft

Medienart: Buch: ID: [08375](#)

Trauschein, Therese (2013)

Die soziale Situation jugendlicher "Sinti und Roma"

Medienart: Buch: ID: [08399](#)



Literaturhinweise/Veröffentlichungen

Prof. Dr. Reiner Staubach (2014): (Armuts-)Zuwanderung aus Südosteuropa: Dortmunder Nordstadt – Erkundungen in einem „Ankunftsstadtteil“. In: Gans, Paul; Westerheide, Peter (Hrsg.) 2014: Mannheimer Schriften zu Wohnungswesen, Kreditwirtschaft und Raumplanung Band 12/2014 (Internationale Migration, Integration und Wohnungswirtschaft), S. 3-22

Prof. Dr. Reiner Staubach (2014): Zuwanderung aus Südosteuropa. Diskurs, Medienresonanz und Reaktionen auf die Herausforderungen der (Neu-)Zuwanderung am Beispiel der Dortmunder Nordstadt. In: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.) 2014: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6.2014, S. 539-556

Die **Opferberatung Rheinland**, eine Kooperation zwischen dem Pädagogischen Zentrum Aachen e. V. und IDA NRW in Düsseldorf, hat zwei Ratgeber in deutscher und türkischer Sprache veröffentlicht.

OBR (Hg.): Was tun nach einem rechten oder rassistischen Angriff? Mögliche Schritte und juristische Tipps für Betroffene, Angehörige, Zeugen und Zeuginnen, Düsseldorf 2014

OBR (Hg.): Sağcı ve ırkçı saldırıdan sonra ne yapılmalı? Mağdurların, mağdur yakınlarının ve şahitlerin bu konuda bulunabilecekleri girişimler ve hukuki anlamda ne tür yardımlar alabilirler, Düsseldorf 2014

Diese Broschüre richtet sich generell an Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt in NRW und gibt einen Überblick, was Betroffene nach einem rechtsmotivierten oder rassistischen Angriff tun können. Der Ratgeber richtet sich an Menschen, die eine rechtsmotivierte oder rassistische Gewalttat erlebt haben, an ihre Angehörige und Freundeskreise sowie an Zeugen und Zeuginnen eines Angriffs. Eine weitere Broschüre wurde mit Blick auf die Verhandlung des NSU Anschlages in der Kölner Keupstraße vor dem Oberlandesgericht München erstellt. Die Autoren Julian Muckel und Hendrik Puls geben einen Überblick, wie sich Abläufe vor Gericht gestalten, welche Rechte und Pflichten Zeug_innen und Zuschauer_innen haben und worauf es sinnvoll ist, bei einem Besuch der Verhandlung zu achten. Die Broschüre informiert zudem über außergerichtliche Entschädigungen, die Initiative „Keupstraße ist überall“ und nützliche Kontakte. Alle Broschüren können Sie über www.opferberatung-rheinland.de aufrufen und als pdf herunterladen.

OBR (Hg.): Der NSU-Prozess in München. Praktische Hinweise zum Gerichtsprozess für Betroffene des Nagelbombenanschlages in der Keupstraße, Düsseldorf 2014

OBR (Hg.): Münih'teki NSU Davası. Keupstraße'deki çivili bomba saldırısı mağdurları davası için pratik bilgiler, Düsseldorf 2014

AK Antiziganismus im DISS (Hg.): Stimmungsmache – Extreme Rechte und antiziganistische Stimmungsmache – Analyse und Gefahreneinschätzung am Beispiel Duisburg, Duisburg 2015.
<http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2015/03/DISS-Stimmungsmache-Online-Broschuere-2015.pdf>

Diese Broschüre untersucht exemplarisch am Beispiel der Stadt Duisburg, wie die extreme Rechte das Thema Antiziganismus aufgriff, und beleuchtet das komplizierte Wechselspiel zwischen Alltags-rassismus, etablierten Medien, Kommunalpolitik und den Erfolgschancen der extremen Rechten.

Veranstaltungshinweise



„Transkulturelle Kompetenz – Herausforderungen und Chancen in der medizinischen und psychosozialen Versorgung“

Die Arbeitsplattform Migration der Wohlfahrtsverbände in der StädteRegion Aachen veranstaltet im Rahmen der diesjährigen Interkulturellen Woche gemeinsam mit dem Kommunalen Integrationszentrum und dem Gesundheitsamt der StädteRegion Aachen eine Fachtagung zum Thema

„Transkulturelle Kompetenz – Herausforderungen und Chancen in der medizinischen und psychosozialen Versorgung“

**Mittwoch, den 21.10.2015
von 10.00 – 17.00 Uhr**

**Im Mediensaal der StädteRegion Aachen,
Zollernstraße 16, 52070 Aachen**

Das Fachgespräch richtet sich an Ärzt_innen, Therapeut_innen, Sozialarbeiter_innen und Sozialpädagog_innen sowie andere Fachleute im Gesundheitswesen.

Die Teilnehmenden erwartet ein vielfältiges und anregendes Programm aus Fachvorträgen, vier Workshops und einer Abschlussdiskussion mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis: Für die Hauptvorträge konnten **Frau Prof. Dr. Cinur Ghaderi**, von der Evangelischen Fachhochschule Bochum sowie **Frau Dr. med. Solmaz Golsabahi-Broclawski**, leitende Ärztin der Hellweg-Klinik Bielefeld gewonnen werden.

Veranstaltungshinweise

buntblick – Jugendliche für Demokratie, Vielfalt und Toleranz



ARIC-NRW e.V. ist Jurymitglied in dem in diesem Jahr vom Landesjugendring NRW ausgeschriebenen neuen Jugendwettbewerb **buntblick – Jugendliche für Demokratie, Vielfalt und Toleranz**.

Die im Landesjugendring NRW organisierten Jugendverbände stehen für die Wertschätzung von Vielfalt und gegenseitigem Respekt. Angesichts von

gesellschaftlichem Rassismus und aktueller Debatten um Zuwanderung will der Landesjugendring ein deutliches Zeichen setzen gegen Diskriminierung, gesellschaftliche Spaltung und Ausgrenzung.

Ziel des Jugendwettbewerbs ist, die Anerkennung und Wertschätzung des Engagements junger Menschen für Toleranz und Vielfalt, gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Zielgruppe sind Jugendliche aus Jugendgruppen, aus Jugendverbänden sowie freie selbstorganisierte Jugendgruppen aus Nordrhein-Westfalen, die sich mit aktuellen Projekten oder kontinuierlich für ein demokratisches und plurales Miteinander engagieren. Mit dem **buntblick** soll selbstorganisiertes und herausragendes Engagement junger Menschen gegen Rechtsextremismus und Rassismus und für ein demokratisches Zusammenleben ausgezeichnet werden. Preisträger/innen können auch von Dritten vorgeschlagen werden.

Aus allen Einsendungen werden fünf Preisträger/innen ausgewählt. Es werden drei verschiedene Preise verliehen:

- ◆ Jurypreis (1. Preis: 500 €, 2. Preis: 300 €, 3. Preis: 200 €)
- ◆ Publikumspreis (Überraschungspreis)
- ◆ Sonderpreis (Überraschungspreis)

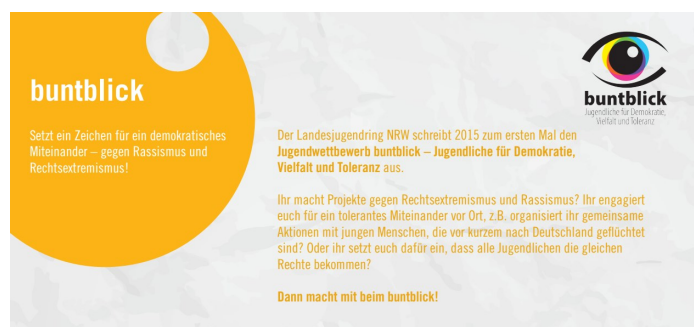
Teilnahmeschluss ist der 15. September 2015!

Die Preisverleihung findet Mittwoch, den 18.11.2015, von 18.00 bis 21.00 Uhr im Rautenstrauch-Joest-Museum unter Anwesenheit der Schirmherrin Ministerin Ute Schäfer in Köln statt.

Alle weiteren Informationen zur Preisausschreibung und die Teilnahmebedingungen gibt es unter: <http://buntblick.ljr-nrw.de>

Kontakt:

Karina Schlingensiepen
Landesjugendring NRW
Sternstraße 9 - 11
40479 Düsseldorf
Telefon: 02 11/49 76 66-21
E-Mail: schlingensiepen@ljr-nrw.de



Den kompletten Flyer gibt es [hier](#)!



Veranstaltungshinweise

Aufruf:

Runder Tisch der Religionen in Siegen organisiert Menschenkette von der Haardter Kirche in Weidenau zur Moschee in Geisweid. Vorgeschlagener Termin: Freitag, 14. August 2015, 15:00 Uhr

Christen, Juden und Muslime, Menschen mit und ohne Glauben, Bürger unserer Stadt – wir alle reichen uns die Hand zu einem Band des Vertrauens.

Für Freitag, 14. August, ab 15:00 Uhr plant der Runde Tisch der Religionen in Siegen als Zeichen des gegenseitigen Respekts eine Menschenkette von der Haardter Kirche in Weidenau zur Moschee in Geisweid. Die Mitglieder der Menschenkette verbinden, was verschieden ist, und machen deutlich, dass wir alle zusammen gehören, egal wie verschieden wir sind.

Es ist an der Zeit, Vorurteile abzubauen, einander zu respektieren und für alle sichtbar ein Band zu knüpfen zwischen Kirche und Moschee – mit der Menschenkette von der Haardter Kirche in Weidenau zur Moschee in Geisweid.

organisation@fuereinandereinstehen.de

Runder Tisch der Religionen Siegen
c/o Antidiskriminierungsbüro / VAKS e.V.

Guel.Ditsch@vaks.info

Mobil: 0175 8838 924



Stellungnahme der **Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit zum Papier der Landesregierung „Eckpunkte eines integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus der Landesregierung Nordrhein-Westfalen“ – Einleitung und Schwerpunkte (20.05.2015)**

Die Servicestellen begrüßen die Anstrengungen der Landesregierung NRW sowohl bezüglich der Zielgruppen wie auch im Hinblick auf die gesellschaftlichen Handlungsfelder ein übergreifendes integriertes Handlungskonzept in Abstimmung mit der Zivilgesellschaft zu erstellen. Wir begrüßen, dass im einleitenden Teil ein umfassendes intersektionales Verständnis von Diskriminierung dargelegt wird. Gleichwohl besteht zwischen dem Titel und den Ausführungen ein Widerspruch. Im Unterschied zu der Überschrift beziehen sich die Handlungsziele vornehmlich auf die Bekämpfung von Rechtsextremismus und nur in Teilen auf Rassismus. Die Servicestellen treten für ein intersektionales Verständnis ein und würden befürworten, wenn das Handlungskonzept alle Formen von Benachteiligungen einbezieht. Konsequenterweise sollte das Handlungskonzept auch in allen Handlungsfeldern Antidiskriminierungsmaßnahmen enthalten.

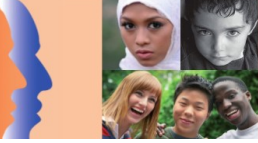
Darüber hinaus finden sich an einigen Stellen im Eckpunktepapier Ansätze für die Sensibilisierung und Qualifizierung in den Themenbereichen Rassismus und Rechtsextremismus von Landesbediensteten in Polizei, Justiz, Schule und Hochschule. Diese Institutionen sind ein Spiegelbild der Gesellschaft und nicht vor Rassismus und Diskriminierung gefeit. Daher ist die institutionelle Verantwortung der Landeseinrichtungen für einen diskriminierungsfreien Umgang mit Bürger_innen, Schüler_innen und Studierenden in den Blick zu nehmen und in den Handlungszielen zu benennen. Auf der Maßnahmenebene geht es dabei um den Aufbau von niedrigschwelligen Beschwerdestrukturen und die Implementierung von Menschenrechtsbildung und Antidiskriminierungsinhalten in die Aus- und Fortbildung für Mitarbeiter_innen der o.g. Institutionen.

Für die Servicestellen sind drei Handlungsfelder zentral: Polizei, Schule und Beratungsinfrastruktur gegen Rechtsextremismus.

Polizei

Im NSU-Komplex kumuliert das Zusammenwirken rechtsextremer Gewalt und institutionellem Rassismus. Die jahrelang vergeblichen Versuche der Aufdeckung der Taten des NSU bei gleichzeitigem Generalverdacht des Umfeldes der Opfer haben in weiten Teilen der Bevölkerung zu einem Vertrauensverlust in die Sicherheitsbehörden insbesondere der Polizei geführt. Auch wenn momentan ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss des Landtages die Hintergründe beleuchtet und erst am Ende seiner Arbeit Empfehlungen aussprechen wird, sehen wir jetzt schon Handlungsbedarf bei der Polizei bezüglich der Bekämpfung von Rassismus. Diese Forderung lässt sich im Übrigen auch aus den Empfehlungen des Untersuchungsausschusses des Bundestages¹ ableiten.

¹ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/146/1714600.pdf>



Wir wollen folgende Maßnahmenvorschläge im Handlungsfeld Polizei einbringen:

- ➔ Verankerung von Diversity- und Antirassismusinhalten sowie Antidiskriminierungsrecht in der Polizeiausbildung; ernst nehmen von und mehr Sensibilität im Umgang mit Aussagen Geschädigter.
- ➔ Transparenz bezüglich polizeiinterner Erkennungskriterien bei der Einordnung einer Straftat als rechts motiviert.
- ➔ Kriterien für die Erfassung rassistischer Tatmotivation zusätzlich zu und im Unterschied zu rechter Tatmotivation entwickeln und statistische Erfassung rassistisch motivierter Straftaten.
- ➔ Kennzeichnungspflicht: Immer wieder kommt es zu Meldungen von rassistischer Polizeigewalt bei den ADBs. Die Beschwerdeführer_innen beschreiben, dass ihnen die Namen und Dienstnummern der Beamt_innen häufig nicht mitgeteilt werden. Dies führt dazu, dass sich viele Menschen erst gar nicht beschweren. Zurzeit ist das Tragen eines Namensschildes noch freiwillig. Eine Kennzeichnungspflicht würde helfen, Missstände in der Polizei besser aufzeigen zu können.
- ➔ Unabhängige (parlamentarische) Beschwerdestelle: eine unabhängige Beschwerdestelle würde auch Beamt_innen die Möglichkeit geben, auf Missstände und Schieflagen innerhalb der Behörde aufmerksam zu machen. Auch Menschen, die das Vertrauen in die Polizei verloren haben, können so ermutigt werden sich zu beschweren.
- ➔ Antibias-/Antirassismusfortbildungen für Beamt_innen: Polizeibeamt_innen müssen häufig schnell und unter großem Druck handeln. In der Sozialisation erlernte rassistische Bilder und Einstellungen können so schnell auch ungewollt und unbewusst zu diskriminierendem Verhalten führen. Daher muss besonders Polizeibeamt_innen der Raum gegeben werden, eigene rassistische Bilder zu reflektieren und sich ihrer bewusst zu werden. Die Enttabuisierung von Rassismus kann den Beamt_innen auch helfen, rassistisch motivierte Straftaten besser einordnen und verfolgen zu können. (Siehe auch Forderung des Deutschen Instituts für Menschenrechte im Parallelbericht an den UN-Ausschuss zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung 2015²)
- ➔ Fortbildungen im Antidiskriminierungsrecht: in der Beratungspraxis wird deutlich, dass sich die Beamt_innen bei Fällen, die das AGG betreffen, manchmal nicht ihrer Handlungspflichten bewusst sind und Anzeigen nicht ernst nehmen oder herunterspielen. Diesem kann durch AGG-Fortbildungen vorgebeugt werden.
- ➔ Überprüfung der Ermittlungsarbeit der Polizei bei Straftaten gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund und Schwarzen Menschen ggfs. Änderung von Ermittlungsroutinen bei Delikten, die einen rassistischen Hintergrund nicht ausschließen. (Siehe Position des Deutschen Instituts für Menschenrechte³):
- ➔ Überprüfung der sog. verdachtsunabhängigen Ermittlungsarbeit der Polizei in NRW: Überprüfung der Kriterien bezüglich Racial Profiling. (Siehe: Policy-Paper des Deutschen Instituts für Menschenrechte⁴)
- ➔ Installieren eines regelmäßigen fachlichen Austausches zwischen Polizei und Migrant_innenvertretungen.

² http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/UN-Dokumente/Parallelbericht_DIMR_an_CERD_im_Rahmen_der_Pruefung_des_19_22_Staatenberichts_2015.pdf

³ <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuell/news/meldung/article/pressemitteilung-internationaler-tag-gegen-rassismus-institut-fordert-bessere-ermittlungen-bei-ras.html>

⁴ http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/Studie_Racial_Profiling_Menschenrechtswidrige_Personenkontrollen_nach_Bundespolizeigesetz.pdf (Die Studie bezieht sich zwar auf die Bundespolizei, ist aber auf die Polizeikontrollen und Streifenarbeit der Landespolizei übertragbar)



Schule

In unsere Antidiskriminierungsberatung kommen Eltern und Schüler_innen, die uns von Diskriminierungsvorfällen in der Schule berichten. Sie machen die Erfahrung, dass ihre Beschwerden gegen diskriminierendes Verhalten von Mitschüler_innen oder Lehrer_innen bei den zuständigen Stellen der Schulverwaltung nur unzureichend Resonanz finden. Immer mehr Eltern sind jedoch nicht länger gewillt diese Benachteiligungen hinzunehmen und gehen – auch als Vorbild für ihre Kinder – engagiert dagegen vor. Eine erfolgreiche Intervention jedoch, die zu positiven Veränderungen für die diskriminierten Kinder führt, ist noch immer die Ausnahme.

Auch die kommunale Schulverwaltung und die Schulaufsicht bei der Bezirksregierung gehen aus der Sicht der Eltern/Schüler_innen nur unzureichend auf die Beschwerden ein, die meist als Dienstaufsichtsbeschwerden eingereicht werden. Es zeigt sich, dass die Schulverwaltung im Spannungsfeld zwischen dem als Dienstherren gebotenen Schutz der Lehrer_innen und der seriösen Bearbeitung von Elternbeschwerden agiert.

Das im Grundgesetz und in der Landesverfassung von NRW verankerte staatliche Diskriminierungsverbot ist nicht ausreichend, um Benachteiligungen im Bildungssystem effektiv anzugehen. Soll der Diskriminierungsschutz in der Schule ernst genommen werden, ist das Verbot von Diskriminierung explizit in das Schulgesetz und Hochschulrahmengesetz aufzunehmen. Eine Schule, die den Anspruch erhebt, alle Kinder im Land zu integrieren, muss klare Signale aussenden, dass diskriminierendes Verhalten in keinem Fall toleriert wird.

Für ein transparentes und effektives Beschwerdemanagement sollten bevorzugt in der Schulaufsicht Beschwerdestellen geschaffen werden, deren Mitarbeiter_innen in Diskriminierungsfragen geschult und sensibilisiert sind. Bei ihrer Qualifizierung sollte auf die Erfahrung von Antidiskriminierungsorganisationen wie der Landeskoordination Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben und Schwule in NRW oder der Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit zurückgegriffen werden. Auch bei der Fallbearbeitung ist eine Zusammenarbeit mit Antidiskriminierungsstellen anzustreben.

Weitere Maßnahmen:

- ➔ Neudefinition der Aufgaben der Schulsozialarbeit, Schulung zum Themenfeld Antirassismus und Diversität, Stärkung der Kompetenzen gegenüber dem Lehrpersonal
- ➔ Weiterleiten von Diskriminierungsbeschwerden an das Schulministerium, damit dieses gegenüber Politik und Zivilgesellschaft Stellung beziehen kann
- ➔ Diversität als Lehrinhalt installieren, Nachweis entsprechender Schulungen/Weiterbildungen für Lehrkräfte
- ➔ Verpflichtungen der Schulen, das Thema Diversität zu behandeln, und Möglichkeit, dies von den Trägern der Offenen Ganztagschulen einzufordern
- ➔ Einrichten von Beschwerdestellen für diskriminierte Lehrkräfte



Ausbau der Beratungsinfrastruktur gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Eines unserer Kernanliegen ist der Ausbau der Beratungsinfrastruktur gegen (rassistische) Diskriminierung.

Als erstes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen vor 18 Jahren mit der Förderung von antirassistischer Antidiskriminierungsarbeit begonnen. Es wurden neun Projekte gefördert, die Diskriminierungen auf individueller und struktureller Ebene identifizieren und entsprechende Gegenstrategien entwickeln sollten. Diese Aufgaben werden heute von den fünf Organisationen

- ➔ Pädagogisches Zentrum e.V./Gleichbehandlungsbüro Aachen
- ➔ Planerladen e.V./Integrationsprojekt Dortmund
- ➔ Anti-Rassismus Informations-Centrum, ARIC-NRW e.V. Duisburg
- ➔ Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V./AntiDiskriminierungsBüro Köln
- ➔ Verein für Soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V./ADB Siegen

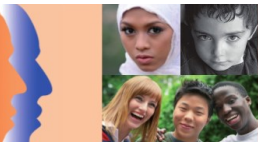
weitergeführt. Sie fungieren innerhalb der landesgeförderten Integrationsagenturen als Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit. Die Servicestellen haben ein breites Aufgabenspektrum (u. a. Analyse von Diskriminierung, Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Fachkräften, Präventivmaßnahmen) mit zum Teil landesweiter Ausrichtung. Einen weiteren, äußerst wichtigen Baustein ihrer Arbeit bildet die AD-Beratung. Diese wird im antirassistischen Spektrum außerdem von wenigen freien Initiativen wie dem Anti-Rassismus-Telefon in Essen angeboten. Weitere Beratungsstrukturen gegen Diskriminierung gibt es landesweit u. a. für Lesben, Schwule und Trans*Menschen und Menschen mit Behinderung, die teilweise landesgefördert sind.

Insgesamt kann in Nordrhein-Westfalen jedoch nicht von einer niedrighschwelligen, wohnortnahen AD-Beratungsinfrastruktur gesprochen werden. Für viele von Rassismus und Diskriminierung betroffene Menschen ist der Weg zur nächsten Beratungsstelle oftmals zu weit. Dadurch gestaltet sich ihr Zugang zu einer fachgerechten Beratung und Begleitung bei erlittener Diskriminierung häufig sehr schwierig und die Möglichkeit einer vor Ort wirksamen Intervention wird erschwert.

So empfiehlt das Deutsche Institut für Menschenrechte als Ergebnis seines Projektes „Verbände aktiv gegen Diskriminierung“⁵ (Projektbericht u.a. die Einrichtung von Bund-Länder-Förderprogrammen zum Aufbau spezialisierter und qualifizierter Antidiskriminierungsberatung. Auch das Zentrum für Türkeistudien fordert in seiner Expertise „Wechselwirkung zwischen Diskriminierung und Integration“⁶ eine niedrighschwellige Beratung für von Diskriminierung Betroffene, die sie in unmittelbarer Nähe aufsuchen können.

⁵ http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/dokumentation_verbaende_aktiv_gegen_diskriminierung.pdf

⁶ http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise_Wechselwirkung_zw_Diskr_u_Integration.pdf?__blob=publicationFile



Ausbau der Beratungsinfrastruktur gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Als ersten Schritt schlagen die etablierten Servicestellen vor, in den Landesteilen Nordrhein-Westfalens, in denen es weiße Flecke bezüglich der Antidiskriminierungsberatung gibt, neue Anlaufstellen zu etablieren. Strukturell kann dieses durch die Umwandlung von landesgeförderten Integrationsagenturen zu bzw. die Neuschaffung von Servicestellen mit Schwerpunkt Antidiskriminierungsberatung geschehen. Dieser ist bereits in der Förderrichtlinie der Integrationsagenturen verankert.

Die etablierten Servicestellen können hierzu einen Beitrag leisten, da sie schon ein entsprechendes Qualifizierungsprogramm sowie ein Konzept zur Vorortbegleitung neuer Servicestellen entwickelt und erprobt haben.

Weitere Vorschläge zur Erweiterung der Handlungsziele des Handlungskonzeptes und zur Umsetzung von Maßnahmen finden Sie [hier](#).

Die Träger der Integrationsagenturen, Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit



Planerladen e.V.
Integrationsprojekt
Dortmund



Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V./
AntiDiskriminierungsbüro Köln



Anti-Rassismus
Informations-Centrum,
ARIC-NRW e.V., Duisburg



Verein für Soziale Arbeit und
Kultur Südwestfalen e.V./
ADB Südwestfalen



Pädagogisches Zentrum e.V./
Gleichbehandlungsbüro Aachen



Vielfalt ist unsere Stärke.

Kontakt:

adb@nrwgegendifskriminierung.de
www.NRWgegenDiskriminierung.de

Telefon: 0203 284873 (ARIC-NRW e.V.)

Siegel „Diskriminierungsfreie Vermietung von Wohnraum“ AntiDiskriminierungsBüro Köln

Das AntiDiskriminierungsBüro Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. und das Bildungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. führen gemeinsam das Projekt „Diskriminierungsfreie Vermietung von Wohnraum“ mit Unterstützung des Planerladen e.V. Dortmund durch.



Leider halten sich nicht alle Vermieter_innen an die Vorgabe der Gleichbehandlung ihrer Mieter_innen. So kommt es vor, dass Mieter_innen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung, der Religion u. a. benachteiligt und diskriminiert werden.

Ein Rechtsstreit zwischen einer Familie türkischer Herkunft und ihrer Vermieterin zeigt exemplarisch Diskriminierung bei der Vermietung von Wohnraum auf: Eine Erhöhung

der Miete wurde nur an diese Mietpartei und nicht an die 15 weiteren Mietparteien des Hauses gerichtet. Die Vermieterin wurde daraufhin auf Schadensersatz verklagt. (<http://www.rechtslupe.de/zivilrecht/diskriminierung-tuerkisch-staemmiger-mieter-388810>)

Bei unserem Projekt sollen nun Vermieter_innen ausgezeichnet werden, die ihren Wohnraum diskriminierungsfrei vermieten. Wenn Sie eine_n Vermieter_in kennen, der_die diesen Vorgaben entspricht, würden wir uns freuen, wenn Sie mit uns Kontakt aufnehmen!

Weitere Informationen unter: www.oegg.de

Ansprechpartnerinnen:

Öffentlichkeit gegen Gewalt e. V. AntiDiskriminierungsBüro Köln

Mira Rangunathan
Berliner Str. 97-99
51063 Köln
Tel.: 0221 / 964 76 300
mira.rangunathan@oegg.de
www.oegg.de

Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. Köln

Ayse-Nur Yalci
Integrationsagentur
Liebigstraße 120 b
50823 Köln
Tel.: 0221 / 800 121 0
aysenur.yalci@bfmf-koeln.de





Tag gegen Rassismus am 21. März 2015 – Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung macht Stimmung in den KölnArcaden **AntiDiskriminierungsbüro Köln**

Traditionell veranstaltet das Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung am 21. März eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung in den KölnArcaden, einem Einkaufszentrum in Köln-Kalk. Der 21. März ist der von den Vereinten Nationen/UN ausgerufene Internationale Tag gegen Rassismus. Dieser steht für Solidarität mit den Gegner_innen und Opfern von Rassismus. Das Kölner Forum ist ein Zusammenschluss verschiedener städtischer und nichtstädtischer Institutionen, die im Themenfeld Migration – Integration – Antirassismus angesiedelt sind. Mit der jährlichen Aktion in den KölnArcaden wird dem Thema Rassismus und seinen vielseitigen aktuellen Ausprägungen eine Plattform in der breiten Öffentlichkeit geboten.

In diesem Jahr fiel der 21. März auf einen Samstag. Wir stellten uns auf entsprechend viel Laufpublikum ein, das mit einem Mix aus Unterhaltung und inhaltlicher Auseinandersetzung erreicht werden sollte.

Für Unterhaltung sorgten ein Gitarrenduo des Sozialdienstes Katholischer Männer, die Trommelgruppe „tamtamafrique“, die Tanzgruppe „Vorbilder inspirieren“ von InVia e.V. und eine Gruppe jugendlicher Rapper der Jugendeinrichtung Lucky's House.



Abgelöst wurden die musikalischen Beiträge immer wieder von kleineren Interviews mit den Künstler_innen, mittels derer sie Gelegenheit erhielten, sich zum Thema Rassismus zu äußern. Darüber hinaus trugen wir über Interviews, Ansprachen und Filmbeiträge Themen wie Antidiskriminierungsarbeit in Köln, HoGeSa, rassistische und neonaziistische Bedrohungen in Köln sowie den NSU-Anschlag in der Keupstraße in die Reihen des Publikums.



Begleitet wurden die Inhalte von Vertreter_innen der Stadtverwaltung, des Integrationsrates sowie von politischen und kulturellen Initiativen.

Das Programm wurde gerahmt durch zwei Durchläufe eines Flashmobs, der von einem Zusammenschluss mehrerer Tänzer_innengruppen aufgeführt wurde und zum Mitmachen einlud. Wir blicken gerne auf die gelungene Veranstaltung zurück und freuen uns auf den Tag gegen Rassismus 2016!





PRESSEMITTEILUNG

Köln, Duisburg, den 21.03.2015

Landesarbeitsgericht Düsseldorf verhandelt Klage abgelehnter Bewerberin wegen fehlender religiöser Anbindung

Am 9. März 2015 verhandelte das Landesarbeitsgericht Düsseldorf die Klage einer Sozialpädagogin mit christlich orthodoxen Wurzeln. Ein katholischer Träger hatte diese 2013 wegen ihrer fehlenden religiösen Anbindung nicht eingestellt. Nun wurde eine gütliche Einigung erzielt.

Im August 2013 hatte ein katholischer Träger in Düsseldorf die Sozialpädagogin Maria M. zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen. Sie verfügte neben ihrem einschlägigen Studium auch über Arbeitserfahrung bei einem katholischen Arbeitgeber. In der Stelle sollten Tagespflegeeltern vermittelt werden. Während des Bewerbungsgesprächs wurde die Mitgliedschaft in der katholischen Kirche angesprochen. Eine solche stellt für katholische Träger zumeist eine Voraussetzung für die Einstellung dar, auch wenn es sich um eine ‚verkündungs-ferne‘ Tätigkeit handelt. Die Bewerberin, die aus einer christlich orthodoxen Familie stammt, wurde abgelehnt. Dies empfand die Betroffene als Diskriminierung und reichte Klage auf der Grundlage des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) ein. Die Klage war im September 2014 beim Arbeitsgericht Düsseldorf abgewiesen worden. Daraufhin legte die Klägerin mit der Unterstützung des AntiDiskriminierungsbüros Köln, des Büros zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG) und der Stiftung ‚Leben ohne Rassismus‘ Berufung ein.

Am 9. März 2015 fand nun beim Landesarbeitsgericht Düsseldorf die Verhandlung statt. Diese endete mit einer gütlichen Einigung, die die Zahlung einer Spende an einen gemeinnützigen Verein in der Flüchtlingsarbeit beinhaltet.

Die Klägerin äußerte nach der Verhandlung: „Es ist bedauerlich, dass der Diskriminierungsschutz so weitreichende Ausnahmen für konfessionelle Arbeitgeber zulässt. Dies verursacht Grauzonen, die eine Ausgrenzung von Andersgläubigen oder Atheisten zulassen.“

Die drei unterstützenden Organisationen äußerten über den Ausgang der Klage: „Wir gewannen den Eindruck, dass dem Gericht die Komplexität der Problemlage bewusst war und die individuelle Glaubensfreiheit mit dem Selbstbestimmungsrecht der Kirchen abgewogen werden muss.“

Bereits in den vergangenen Jahren verhandelten Gerichte Diskriminierungsvorfälle wegen der fehlenden oder ‚falschen‘ Konfession bei kirchlichen Arbeitgebern. Bislang blieb jedoch unklar, ob konfessionelle Arbeitgeber ausschließlich selbst bestimmen dürfen, welche Personen sie einstellen oder Kirchen und ihre Verbände den allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz, der im AGG und im Grundgesetz verankert ist, auch gewährleisten müssen. Die Forderung der beteiligten Organisation von Öffentlichkeit gegen Gewalt und der Stiftung ‚Leben ohne Rassismus‘ ist hingegen eindeutig:



„Kirchliche Einrichtungen sind im Sozial- und Gesundheitswesen die größten Arbeitgeberinnen. Die Ausnahmeregelungen des AGG schränken die Berufsfreiheit und die Jobchancen vieler nichtchristlicher Fachkräfte sehr stark ein und dies bei Tätigkeiten, die zumeist zu 100% öffentlich gefördert werden. Das Gesetz sollte das Kirchenprivileg daher nur auf die Tätigkeiten beschränken, bei denen ein aktiver Verkündigungsauftrag gegeben ist. Tätigkeiten im erzieherischen und im Gesundheitsbereich gehören unserer Ansicht nach nicht dazu.“

Kontakt:

Stiftung „Leben ohne Rassismus“

Isabel Teller

Telefon: 0241 4017778

www.nrwgegendiskriminierung.de/stiftung



**AntiDiskriminierungsBüro Köln/
Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.**

Ilka Simon

Telefon: 0221 96 47 6300

www.oegg.de



Mit Bitte um honorarfreie Veröffentlichung!



„Stammtischparolen gegen NeuzuwanderInnen entgegentreten“ – Ein Interview mit der Trainerin Irma Lababidi – **ARIC-NRW e.V.**

ARIC-NRW e.V. beschäftigt sich seit einigen Jahren mit den Auswirkungen der Einwanderung von Rumän_innen und Bulgar_innen nach Duisburg. Für diese Menschen bieten wir individuelle Unterstützung im Rahmen unserer Migrationsberatung und erhalten gleichzeitig Einblicke in ihre Lebenslagen und die institutionellen Reaktionen der Regeldienste. Dies bildet die Grundlage für das Engagement der Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit im Bereich der Politikberatung und der Qualifizierung von Fachkräften.

Um der Reproduktion antiziganistischer Zuschreibungen und der damit einhergehenden Diskriminierung insbesondere in den Sozialverwaltung und sozialen Einrichtungen entgegenzuwirken, wurde die *Handreichung 'Roma - Entrechtet, verfolgt, diskriminiert - Faktencheck'*¹ in Kooperation mit ROM e.V.², Köln, Terno Drom e.V.³, Internationale Initiative Hochfeld und Integrationsprojekt, Planerladen⁴, Dortmund erstellt.

Durch die starke Nachfrage nach der Handreichung ermittelten wir einen entsprechenden Qualifizierungsbedarf für Teams und Arbeitskreise in der Sozialen-, Jugend- und Integrationsarbeit. Wir entwickelten ein Format eines Argumentationstrainings mit dem Titel, „Stammtischparolen gegen Neuzuwander_innen entgegentreten“. Darin wird über die Lebensumstände der neuzugewanderten Menschen aus Bulgarien und Rumänien und deren Rechte als EU-Bürger_innen wie auch die Hintergründe des Antiziganismus informiert. Mit den Teams wird erarbeitet, wie diese in der täglichen Arbeit auf die Vorurteile reagieren und mit der Thematik umgehen können. Dank der Förderung durch das Bundesprogramm Toleranz fördern, Kompetenzen stärken⁵ und dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration⁶ konnten wir zwischen Oktober 2014 und März 2015 in unterschiedlichen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und Verwaltung in Duisburg und Umgebung insgesamt 16 Inhouse-Fortbildungen durchführen.



Mit unserer Trainerin Irma Lababidi haben wir über ihre Trainingsarbeit und die Erfahrungen bei den Argumentationstrainings gesprochen.

Hartmut Reiners: Liebe Irma, beschreibst du bitte deinen beruflichen Werdegang und wie du zur Antirassismustrainerin geworden bist?

¹ <http://www.aric-nrw.de/news/110/>

² <https://www.romev.de/>

³ <http://www.ternodrom.de/>

⁴ <http://www.planerladen.de/>

⁵ <http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/>

http://www.duisburg.de/micro2/toleranz_foerdern/

⁶ http://www.mais.nrw.de/000_Startseite/index.php

Irma Lababidi: Bereits während der Schulzeit war ich immer politisch aktiv und hatte das Pech oder Glück einen Golfkrieg miterlebt zu haben, was mich als Schulsprecherin zur Organisation erster Demos veranlasste und mich in die politische Arbeit brachte. Während des Politik-Studiums setzte ich dieses Engagement fort, ich war ins Auslandsreferat des ASTAs gewählt und während des Bosnienkriegs erschüttert über die unpolitische Haltung vieler Kommiliton_innen. Ich wollte selbst aktiv sein und Frieden nicht nur als Theorie im Studium verstehen und entschied mich als humanitäre Helferin ins Kriegsgebiet nach Bosnien zu gehen. Diese Erfahrungen sind es, die zu meiner heutigen Arbeit führten. Rassismus ist der Beginn von Krieg und diesem möchte ich heute, unter anderem als freie Mitarbeiterin bei ARIC, entgegentreten und freue mich in der Antirassismuserbeit tätig sein zu dürfen.



H. R.: Neben deinem Studium hast du auch Fortbildungen absolviert?

I. L.: Viele Qualifikationen erwarb ich durch mein Studium der Politikwissenschaften mit dem Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung und Psychologie. Durch ein Volontariat beim WDR lernte ich zu moderieren und Interviews zu führen, aber ich nahm auch an Fortbildungen teil, zum Beispiel als Coolnesstrainerin in der Jugendarbeit und zur lösungsorientierten Beratung.

H. R.: Neben deiner beruflichen Tätigkeit als freie Trainerin engagierst du dich in verschiedenen Projekten. Möchtest du dazu etwas erzählen?

I. L.: Mit einer halben Stelle arbeite ich bei der IMBSE GmbH im Bereich Gender und Diversity und führe Trainings in verschiedenen städtischen Verwaltungen durch und begleite deren Prozess der interkulturellen Öffnung. Außerdem bin ich an einem Radioprojekt der Lebenshilfe Duisburg beteiligt, einer Gruppe, die einmal im Monat „unbehindert“ Radio machen. Es ist jedes Mal ein Highlight in dieser Gruppe unter Freund_innen zusammenzukommen.

H. R.: Zurück zu deinen Trainings und Seminaren, an welche Zielgruppe richten sich diese?

I. L.: An Jugendliche ab 12 Jahren bis ins hohe Erwachsenenalter, Rentner_innen bisher nicht, das wäre jedoch spannend.

H. R.: Zu welchen Themen arbeitest du in den Trainings und Workshops?

I. L.: In den Workshops geht es unter anderem um Interkulturalität und das Fremde, aber auch um Empowerment. Gemeinsam mit ARIC durfte ich Antirassismusworkshops für Migrantenselbstorganisationen (MSO) machen.

H. R.: Seit Herbst 2014 hat ARIC für Teams und Arbeitskreise in der Sozialen-, Jugend- und Integrationsarbeit Fortbildungen zum Thema Stereotype angeboten unter dem Titel „Stammtischparolen gegen Neuzuwander_innen entgegentreten“, die du zum Großteil durchgeführt hast. Welche Erfahrungen bezüglich der Zielgruppe, den Multiplikatoren, und der Thematik kannst du einbringen?



I. L.: Die Arbeit mit Multiplikatoren ist mir nicht unbekannt und es ist eine sehr schöne Arbeit, da sie das Ziel hat, Wissen weiter zu tragen und die Teilnehmer_innen ihre Kenntnisse in ihre Arbeit einbeziehen. Die Thematik der Stammtischparolen ist aktuell sehr wichtig und in den Diskursen um Geflüchtete, Islamisierung und Kriminalität und Zuwanderung stets wiederkehrend. Es gilt diesen Parolen entgegenzutreten und Verallgemeinerungen zu verhindern.

H. R.: Hast du dich mit der Thematik der Roma und Antiziganismus vorher schon befasst?

I. L.: Durch meine Arbeit erfahre ich in Duisburg seit 2007 eine gesteigerte öffentliche Thematisierung der Neuzuwanderung insbesondere von Roma nach Deutschland. Aber auch in der Auseinandersetzung mit dem Balkan und dem Kontakt zu Menschen vor Ort ist Antiziganismus ein weit verbreitetes Phänomen.

H. R.: Wie nimmst du die Reaktion der Stadtgesellschaft auf die Neu-Duisburger_innen aus Rumänien und Bulgarien wahr? Sowohl die der Bevölkerung als auch die der Institutionen?

I. L.: In der Bevölkerung ist die Angst vor ausländischen Menschen und mögliche Folgen der Zuwanderung weit verbreitet, es wird dabei vergessen, dass der Zuzug von Unionsbürger_innen ein Recht ist. Zuwanderung wird oft verkürzt betrachtet, da werden von Hochqualifizierten über Geflüchtete alle über einen Kamm geschert. Im Hinblick auf die Roma finden seit Jahrhunderten bestehende Vorurteile wieder Anwendung und es gilt diese Diskriminierung abzuschaffen.

Die Institutionen spiegeln die Ressentiments der Bevölkerung wieder, ich erlebe Offenheit, aber auch Unwissenheit und einen unsensiblen Umgang mit den Roma und ihrer Geschichte. Es fehlt eine Vertrauensbasis zwischen Institutionen und Klient_innen, die eine gemeinsame Arbeit überhaupt erst ermöglichen kann.

H. R.: Wie gelingt es dir, innerhalb der kurzen Zeit bei den teilnehmenden Fachkräften eine Offenheit für die Thematik und in der freien Rede zu erreichen?

I. L.: Ich beginne mit einem emotionalen Einstieg und zeige eine Bildpräsentation begleitet von einem Lied der Roma „Djelem Djelem“. Dabei entsteht bei den Teilnehmer_innen meist ein Redebedarf aus positiven wie negativen Gefühlen, die den Gesprächseinstieg liefern.

H. R.: Gibt es Hemmnisse bei den Teilnehmer_innen, die du überwinden musst?

I. L.: Ja, die Trainings waren unterschiedlich zusammengesetzt. Es kam vor, dass neben Sozialarbeiter_innen auch Teilnehmer_innen von Maßnahmen des Jobcenters zugeteilt wurden, was ich persönlich für die Arbeit sehr spannend finde, da diese Vielfalt die Diskussion erhitzen kann und die Gruppe intern verschiedene Ansichten bearbeiten kann.

H. R.: Bei dem Training geht es ja immer um die Thematisierung von Diskriminierung und du wirst mit Stereotypen konfrontiert. Wie gehst du mit der Belastung durch die Trainingsarbeit um?



I. L.: Ich möchte zunächst kurz auf das Wort Rassismus eingehen, dass ich in den Trainings häufig durch Diskriminierung ersetzt. Ich erlebe oft, dass die Teilnehmer_innen heftig auf den Vorwurf des Rassismus reagieren, sich selbst nicht als Rassist_innen betrachten und für die Inhalte des Trainings nicht mehr offen sind. Ich spreche daher zunächst von Diskriminierung und definiere dies erst im weiteren Verlauf als Rassismus.

Wie ich selbst mit Belastungen umgehe, da muss ich meinen Freundeskreis und meine Familie hervorheben. Ein sehr multikultureller Freundeskreis kann immer Rat geben und ist wichtig für den Austausch von Erfahrungen. Außerdem nehme ich im Rahmen meiner Arbeit regelmäßig an Supervisionen teil.

H. R.: Wie gehst du mit Diskriminierung innerhalb der Seminargruppe um, wenn einzelne Teilnehmer_innen selbst negativ betroffen sind und es zu Problemen in der Gruppe kommt?

I. L.: Dies ist ein sehr wichtiger Punkt, aktuell setzen sich die teilnehmenden Fachkräfte nicht mehr nur aus Deutschen ohne Migrationshintergrund zusammen, die Herkunft der Fachkräfte der sozialen Arbeit ist vielfältiger geworden. In den Trainings werden daher immer wieder auch eigene Diskriminierungserfahrungen thematisiert. Ich kann ein Beispiel nennen, als zwei Muslime sich von der Islamkritik eines anderen Teilnehmers angegriffen fühlten. Hier gilt es Themen sachlich aufzuarbeiten und alle mit dem gleichen Wissensstand zu entlassen.

H. R.: Gibt es noch etwas, was du unbedingt loswerden möchtest?

I. L.: Ja, ich möchte allen raten, die Vielfalt des Seminarangebots zu nutzen, vor allem die interkulturellen und Antirassismus Seminare sind wichtig. Die Resonanzen sind oft positiv und Teilnehmer_innen empfehlen sie gerne an ihre Kolleg_innen weiter, sodass an einem flächendeckenden Angebot an Schulungen und Seminaren weiter gearbeitet werden muss.

H. R.: Vielen Dank für deine Auskünfte.

Transkription und Redaktion: Ann-Kathrin Schütz



Rückblick: **ARIC-NRW e.V.** feierte Jubiläum – 20 Jahre Einsatz gegen Rassismus und Diskriminierung

Das Anti-Rassismus Informations-Centrum, ARIC-NRW e. V. feierte am 5. September vergangenen Jahres in der Alten Feuerwache Hochfeld sein 20-jähriges Bestehen mit einem Empfang und einem Benefizevent.

Eröffnet wurde der Abend mit einem Empfang von UnterstützerInnen, Mitgliedern und KooperationspartnerInnen, die Vorstandsmitglied Reiner Neumann mit einer Rede begrüßte. Weitere GastrednerInnen waren Guntram Schneider, der Integrationsminister des Landes NRW, Erkan Kocalar, Bürgermeister der Stadt Duisburg, sowie Cornelia Kavermann, die stellvertretende Vorsitzende des Paritätischen NRW. Nach einem kurzen filmischen Beitrag zur Arbeit von ARIC-NRW e.V. wurde dann in einer von der WDR-Moderatorin Aslı Sevindim geleiteten Talkrunde über die Geschichte und Aktualität von Anti-Rassismus-Arbeit diskutiert und resümiert.

Für die musikalische Begleitung des „offiziellen“ Programnteils sorgte das Trio Regenbogen um den Percussionisten Baytekin Serce, bevor in dem anschließenden Benefizkonzert eine Vielzahl lokaler Künstler die Gäste begeisterten und einen gelungenen Abend abrundeten. Es traten auf der Rheinhauser Bahtalo-Chor, der Duisburger Lyrikstar Lütfiye Güzel, der „Punk-Pianist“ Kai Schumacher und Pu von RebellComedy, der Flamenco-Sänger und -Gitarrist David Alcántara sowie der metamorphe Universalkünstler Klaus Steffen (Duistroit Produkte).

Allen KünstlerInnen nochmals herzlichen Dank für ihr Engagement bei unserem Benefizevent:

[David Alcántara](#)
[dem Bahtalo-Chor](#)
[Lütfiye Güzel](#)
[Baytekin Serce/Trio Regenbogen](#)
[Kai Schumacher](#)
[Pu](#)
[Klaus Steffen](#)



Weitere Berichte zum Jubiläum gibt es unter:

http://aric-nrw.de/news/116/jubilaumsfeier_mit_grosser_resonanz/



Autorenlesung: „Unerwünscht“ – Drei Brüder aus dem Iran erzählen ihre deutsche Geschichte

Mediathek gegen Rassismus/Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V.

Am 12.06.2015 um 18 Uhr fand in der Mediathek gegen Rassismus und Diskriminierung in der Tiergartenstraße 9 in Siegen die Autorenlesung „Unerwünscht“ statt, die im Namen des Vereins für soziale Arbeit und Kultur organisiert wurde. Die Veranstaltung wurde von zahlreichen interessierten Gästen besucht.



Es kamen die Brüder Mojtaba und Masoud Sadinam, die ihr Buch „Unerwünscht“ vorstellten.

Mit ihrem Bruder Milad und ihrer Mutter flüchteten sie aus dem Iran nach Deutschland. Ihnen wurden viele Steine in den Weg gelegt, aber sie gaben niemals auf. Sie gingen ihren eigenen Weg, obwohl sie oftmals ausgebremst wurden.

Sie wuchsen Anfang der 80er in Teheran als Kinder regimekritischer Eltern auf. Dies wurde 1996 aufgedeckt, als eine feministische Gruppe eine Flugblattaktion gegen das Mullah-Regime startete. In einer „Nacht und Nebel-Aktion“ flohen sie mit Hilfe von Schleppern aus dem Iran nach Deutschland – ohne Geld, Papiere und ohne deutsche Sprachkenntnisse kamen sie nach Münster, wo es ein Auffanglager gab, in dem sie unterkamen.

Obwohl sie im Iran bedroht wurden, wurde ihrem Antrag auf Asyl in Deutschland nicht stattgegeben. Sie bekamen kaum Hilfe, aber die Menschen, die sich für sie engagierten, machten es ihnen möglich, sich einzurichten,

allerdings immer mit der Angst, jeden Tag abgeschoben werden zu können.

Mojtaba, Masoud und Milad schafften es bis zum Gymnasium und entsprachen so gar nicht den gängigen Klischees. Sie gaben sich große Mühe, sich anzupassen, erfolgreich zu lernen und ihren Pflichten nachzukommen.

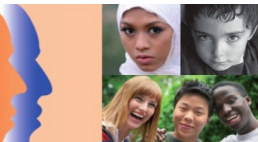


Das nützte jedoch nichts, denn nach Jahren wurde ihr Antrag wieder nicht bewilligt und man gab ihnen mehr als deutlich zu verstehen, dass sie Deutschland „freiwillig“ zu verlassen hätten. Ihre Mutter war sehr verzweifelt, und zwar so sehr, dass sie versuchte, sich das Leben zu nehmen.

Dann wurde das Asylgesetz geändert und so kam es, dass sie 2005 mit dem neuen Zuwanderungsgesetz die lang ersehnte Aufenthaltsgenehmigung bekamen und so endlich ohne Angst in die Zukunft blicken konnten.

Ihre Vergangenheit war gepflastert von Behörden, Abschiebungsversuchen, Baracken, Gemeinschaftsunterkünften und Asylbewerberheimen, und nun durften sie bleiben – ganz offiziell und ohne Angst!

Im Anschluss konnten die Zuhörer_innen den beiden Autoren Fragen stellen, Feedback geben und es entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Dabei wurde schnell deutlich, dass die authentischen Lebensbeispiele der Brüder dazu beigetragen haben, den Zuhörer_innen die Fluchtproblematik näher zu bringen und etwas verständlicher zu machen.



Diskriminierung durch Fitnessstudios GBB Aachen

In den Aachener Nachrichten erschien am 18.04.2015 ein Artikel zu Thema „Diskriminierung durch Fitnessstudios“. Ein Klient des Gleichbehandlungsbüros Aachen, dem aufgrund seines Migrationshintergrundes die Mitgliedschaft in einem Aachener Fitnessstudio verweigert wurde, wandte sich an die Presse.

Diskriminierung als Geschäftsmodell

Fitnessstudios: **Selection Fitness** und **Easy Fit** erlauben sich, Kunden wegen ihres Glaubens oder ihrer Herkunft abzulehnen. Warum?

VON ROLF HOHL
UND CARSTEN ROSE

Aachen. Dass Emine Tulcan auch im Fitnessstudio ihr Kopftuch trug, störte zu Beginn noch niemanden. Tulcan, die eigentlich anders heißt, hatte sich gerade bei der Aachener Fitnessstudiokette Selection angemeldet, dort gibt es einen separaten Trainingsraum für Frauen. In dem konnte die gläubige Muslima Emine Tulcan ihr Kopftuch ablegen, weil sie in diesem Raum vor Männerblicken geschützt war. Sie betrat und verließ das Fitnessstudio also mit Kopftuch, während sie trainierte, ließ sie es in der Umkleidekabine.

Daran nahm einige Zeit lang niemand Anstoß – bis Emine Tulcan einen der Betreiber im Fitnessstudio traf. Mit ihrem Kopftuch würde sie die Kunden stören und Interessenten abschrecken, sagte er ihr. Dass ihr vor der Vertragsunterzeichnung von einem Mitarbeiter zugesichert wurde, das Kopftuch sei kein Problem, interessierte den Betreiber nicht. Er kündigte ihr.

Vorwand Aufnahmestopp

So weit wie Emine Tulcan (29) ist Christian Mammah (20) erst gar nicht gekommen. Der Student aus Sierra Leone wollte nach seinem studienbedingten Umzug nach Aachen weiter ein Fitnessstudio besuchen. Ein Glück, dachte er sich, dass das Studio Easy Fit nur wenige Minuten von seiner Wohnung entfernt liegt. Er wurde freundlich empfangen, jedoch darauf hingewiesen, dass aktuell keine Männer aufgenommen werden. Die Filiale gehört zum selben Unternehmen, wie die Selection-Studios. Und dort gilt die Regel, dass maximal die Hälfte aller Mitglieder männlich sein darf. Er solle es die Tage doch noch einmal versuchen, wurde ihm gesagt. Das tat er – wieder erfolglos. Mammah wurde skeptisch.

Weil man Mammah seine westafrikanische Herkunft nicht anhört, entschied er sich einige Zeit später, bei Easy Fit anzurufen und zu fragen, ob er aufgenommen werde. Ja klar, sagte man ihm, gern sogar, er solle einfach vorbeikommen.

Mammah machte sich auf den Weg zu Easy Fit und wollte den Vertrag unterschreiben. Doch als er im Fitnessstudio ankam, erklärte man ihm, dass just in diesem Moment von der Geschäftsführung ein erneuter Aufnahmestopp für Männer verhängt worden sei. Der Vorgang wiederholte sich, immer wieder wurde Mammah gesagt: Aufnahmestopp.

Ein Vorwand, wie sich zeigte: Denn sein deutscher Mitbewohner konnte sich problemlos anmelden, an einem Tag, an dem Christian Mammah nur kurz vorher im Studio erneut abgewiesen worden war.

In der Mariahilfstraße sitzt das Aachener Gleichbehandlungsbüro. Hier hilft zwar nicht Maria, aber dafür die Juristin Isabel Teller. An sie haben sich sowohl Emine Tulcan als auch Christian Mammah mit ihren Fällen gewandt. Teller berät Menschen, die aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft, Religion oder Sprache benachteiligt werden. Das diskriminierende Auswahl- und Umgangsverfahren in den Selection-Studios – es gibt sieben Filialen in der Städteregion Aachen – und bei Easy Fit ist ihr

schon länger bekannt und offenkundig gängige Praxis. Neben den zwei geschilderten Fällen begleitete sie bereits acht weitere, die allesamt auf denselben Betreiber zurückge-

„Ich kenne einige muslimische Frauen, die sich nicht gewehrt und einfach weiter bezahlt haben.“

EMINE TULCAN, DER EIN FITNESSSTUDIO-BETREIBER WEGEN IHRES KOPFTUCHS KÜNDIGTE

hen. Obwohl die Gesetzeslage klar ist, scheuen viele diskriminierte Kunden den Gang vor ein Gericht. „Solche Verfahren können sich oft über drei bis vier Jahre hinziehen“, sagt Teller. Der Student Mammah entschied sich wegen seines Studiums aus Zeitgründen dagegen.

Nicht so Emine Tulcan, sie zog vor das Aachener Amtsgericht. „Ich kenne einige muslimische Frauen, die sich nicht gewehrt und einfach weiter bezahlt haben. Ich habe das auch für die getan. Mit mir hat der Inhaber eine harte Nuss erwischt“, sagt sie mit unverkennbarer Genugtuung.

DREI FRAGEN AN

„Das sind bestimmt keine Einzelfälle“



► ISABEL TELLER

Gleichbehandlungsbüro der Stadt Aachen

Wie häufig begegnen Ihnen Fälle wie jene von Emine Tulcan oder Christian Mammah?

Teller: Das sind bestimmt keine Einzelfälle. Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund gibt es nicht nur bei Fitnessstudios, sondern auch am Eingang von Diskotheken oder etwa bei der Wohnungs- oder Jobsuche. Das Problem ist, dass viele nicht wissen, dass es Beratungs-

stellen wie das Gleichbehandlungsbüro überhaupt gibt, deswegen erfahren wir natürlich längst nicht von allen Fällen.

Ist das Ihrer Erfahrung nach nur ein Aachener Problem?

Teller: Nein, das gibt es in der ganzen Bundesrepublik. Ich habe auch Kollegen in Köln, Berlin, Hamburg und Duisburg, die von ähnlichen Fällen berichten. 2007 wurde uns beispielsweise bekannt, dass während eines Ausbildungsmoduls zum Fitnesstrainer bei der Industrie- und Handelskammer Aachen schriftliche Ratschläge zum Umgang mit „problematischen Bewerbern“ verteilt wurden. Dazu zählten insbeson-

dere Männer mit Migrationshintergrund, aber auch Menschen mit Behinderung.

Warum wagen nur so wenige den Gang vor ein Gericht?

Teller: Das kann viele Gründe haben. Viele wissen nicht einmal, dass man gegen Diskriminierung klagen kann. Man muss auch bedenken, dass sich Gerichtsverfahren über mehrere Jahre hinziehen können und oft auch psychisch belastend sind, weil man sich immer wieder mit den Vorfällen auseinandersetzen muss. Kommt aber doch jemand damit zu uns, beraten und begleiten wir die Menschen während des Prozesses kostenlos.

Anfrage unserer Zeitung, warum das Unternehmen eine Rechtsverletzung aus Angst vor einem Imageverlust in Kauf genommen habe, heißt es in seiner schriftlichen Antwort: „Richtig ist, dass die Fa. Selection Fitness (...) sich dem liberalen Gedanken verpflichtet fühlt. Dies bedeutet, dass wir aus grundsätzlichen Erwägungen von unseren Kunden erwarten, dass sie sich während ihres Aufenthaltes bei uns jeglicher politischer und religiöser Statements enthalten.“

Als Tulcan ihren Vertrag unterzeichnete, war dies allerdings nicht in der Hausordnung festgehalten. Erst infolge des Urteilspruchs hat der Betreiber die Vertragsregelungen umformuliert. Nun ist es innerhalb des gesamten Gebäudes Kunden erlaubt, „politische oder religiöse Symbole“ zu tragen – und nicht mehr nur im Trainingsraum.

„Wir lehnen niemanden ab“

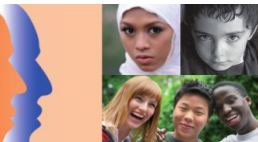
Christian Mammahs Fall legt dagegen nahe, dass die angebliche Distanzierung von diesen Symbolen nicht der eigentliche Grund für eine Ablehnung von Bewerbern sein kann. Auf Anfrage unserer Zeitung erklärte Geschäftsführer Hennen: „Wir haben eine Vielzahl von farbigen Kunden“, auch „viele unserer Mitarbeiter stammen aus anderen Ländern“. Der Eindruck, den Christian Mammah gewonnen hat, ist jedoch ein anderer.

Zum Aufnahmeverfahren heißt es in der schriftlichen Stellungnahme weiter: „Wir lehnen niemanden ab, allerdings weisen wir auf unsere Bedingungen hin. (...) Wir händigen jedem Neukunden zudem eine Hausordnung aus und lassen uns deren Empfang durch separate Unterschrift bestätigen.“ Christian Mammah aber wurde lediglich mit einem Aufnahmestopp konfrontiert, der sich als Vorwand herausstellen sollte. Die Aussage Hennens widerspricht der Erfahrung, die Christian Mammah mit Easy Fit gemacht hat.

In letzter Konsequenz kann dies nur heißen, dass „Selection“ (englisch für „Auswahl“) bei seinen Fitnessstudios nicht nur auf der Fassade steht, sondern tatsächlich bereits am Empfang stattfindet.

Quelle: REGION & NRW, Seite 9 ABCDE, Nummer 90, 18. April 2015

Der Artikel hat zahlreiche kontroverse Reaktionen hervorgerufen, wie eine Auswahl an Leserbriefen auf der nächsten Seite verdeutlicht.



Einzelne weibliche, nicht muslimische Mitglieder in besagten Fitnessstudios solidarisierten sich daraufhin mit den ausgegrenzten Kopftuch tragenden Frauen und haben ihre Mitgliedsverträge gekündigt. Das GBB hat bereits weitere Beschwerden erhalten, sowohl von Kopftuch tragenden Frauen als auch von männlichen Migranten, die mit einem zweifelhaften „Aufnahmestopp“ oder Vorauszahlungen für 24 Monate konfrontiert wurden.

Die Selektion bei Selection: Schönheit nur für Auserwählte

Dr. Ursula Artz-Staerk aus Aachen befasst sich mit dem Artikel „Diskriminierung als Geschäftsmodell“ über die Kundenauswahl der Fitnessstudios Selection Fitness und Easy Fit.

Reinhard Hennens, der Betreiber von Selection Fitness und Easy Fit, stellt zunächst sich selbst, aber

auch seinen Kunden, zu denen auch ich mich zähle, ein denkbar schlechtes Zeugnis aus. Dagegen möchte ich mich ausdrücklich verwahren! Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass die dort mit mir trainierenden Kopftuch tragende Sportfreundinnen und -freunde gestört fühlen würden! Warum auch? Auch den meisten Angestellten würde ich eine solchermaßen engstirnige und – mit Verlaub – dümmliche Haltung nicht zutrauen.

Eher finde ich es angemessen, wenn Herr Hennens etwa den vielen unbegleiteten jugendlichen Flüchtlingen, die aus den Krisenregionen der Welt nach Aachen kommen, günstige Sonderkonditionen zum Trainieren einräumen würde! Sollte sich

nicht binnen Kurzem an Herrn Hennens Prozedere etwas ändern, bin ich sicherlich nicht die Einzige, die sich nach einem etwas niveauliberaleren Studio umschauen wird, in dem Toleranz und Weltoffenheit herrschen statt Ignoranz und Rassismus!

Ringo Helbig aus Würselen schreibt dazu:

Mit einigem Kopfschütteln las ich den Artikel. Da wird einer Gleichbehandlungsbeauftragten eine Plattform gegeben, um einen seit Jahren erfolgreichen Aachener Unternehmer zu diskreditieren. Diese Gleichstellungsbeauftragte sollte sich lieber um die wahren Hintergründe der Kopftuch tragenden Mädchen und Frauen kümmern. Ein Großteil der Frauen und Mädchen, die Kopftuch tragen, werden von ihren Männern oder Vätern aus falsch interpretierter Gläubigkeit zum Koran dazu gezwungen. Natürlich gibt es auch

jene Mädchen und Frauen, die das Kopftuch aus innerer Überzeugung tragen. Nur ist es so, wenn ich mich als Mus-

lima dazu entscheide, Kopftuch zu tragen, dann darf ich mich auch nicht schminken, und ein Fitnessstudio oder eine Disco sind tabu. Das gibt es im Übrigen auch im Christentum. Haben Sie schon einmal eine Nonne im Fitnessclub gesehen?

Also Isabel Teller, handeln Sie im Interesse der Gemeinschaft und kämpfen Sie gegen die Unterdrückung der Frauen an der Front: bei den Frauen zu Hause. Abschließend möchte die

Redaktion fragen: Wie kommen Sie dazu, einen Artikel so sehr parteiisch zu formulieren? Sollten Journalisten nicht objektiv berichten? Dazu würde auch gehören, dass Sie in ihrem Artikel von gerade einmal 0,01 Prozent der Mitglieder berichten. Was ist mit den anderen 99,99 Prozent?

Elke Zobel aus Aachen ärgert sich über die „Auswahlkriterien“:

Es ist unglaublich, was sich diese Fitnessstudios herausnehmen. Bestimmt werde ich in einem solchen Studio niemals einen Vertrag abschließen. Zum Kopftuch als religiösem Symbol sollte man Herrn Hennens mal fragen: für welche Religion denn? Die Bibel sagt auch,

breiteter Rassismus, dem er sich wahrscheinlich aus der Angst, andere Kundinnen und Kunden zu verlieren, gebeugt hat. Die Selektion von guten und schlechten Ausländern, erlaubten und nicht erlaubten Symbolen ist grotesk. Verbraucherinnen und Verbraucher wehrt euch! Wehrt den Anfeindungen! Ein dickes Lob für diesen aufdeckenden Journalismus und die darin zum Ausdruck kommende Geisteshaltung.

„Die Selektion von guten und schlechten Ausländern, erlaubten und nicht erlaubten Symbolen ist grotesk.“

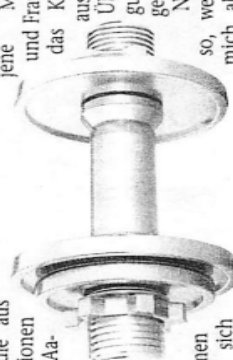
JOACHIM WEHRENBRECHT, LESER AUS HERZOGENRATH

Ulrich Fleitmann aus Simmerath kritisiert den Text:

Ihren Beitrag über die Vertragsbedingungen der Selection-Fitness-Kette finde ich in weiten Teilen belehrend und einseitig. Als Privatmann und Tiefenfreund meide ich Geschäfte und Restaurants, in denen sogenannte Halal-Lebensmittel und -speisen angeboten werden. Ebenso will ich als Privatmann die Möglichkeit haben, mich an ein Fitness-Studio zu binden, das seinen Kunden die Präsentation bestimmter Symbole erspart, die sie als unfreiheitlich, frauenfeindlich oder rückschrittlich empfinden – dazu gehören für viele eben auch Kopftuch oder gar Burka. So viel Vertragsfreiheit muss auch in einer übertrieben auf Political Correctness bedachten Gesellschaft gewährleistet sein.

Joachim Wehrenbrecht aus Herzogenrath betont:

Die rassistische Durchdringung des Alltags wird bei Selection Fitness deutlich. Im Tempel der Gesundheit und Schönheit dürfen nur Auserwählte ihr Training für einen besseren Körper absolvieren. Nichterwünschte werden je nach Laune und Gutdünken ausgeschlossen, oder ihnen wird Zutritt nur nach Vorkasse für zwei volle Jahre gewährt. Letztlich weiß der Betreiber, dass für ihn Geld und Gewinn noch höher stehen als ein weit ver-





Fortbildungen durch das **GBB Aachen**

Das Gleichbehandlungsbüro Aachen hat im Rahmen der Integrationskonferenz des Kommunalen Integrationszentrums der Stadt Bonn am **20.03.2015** einen Workshop zum Thema „**Antidiskriminierungsarbeit gestern und heute**“ durchgeführt.

STADT.
CITY.
مدينة
BONN.

4. Integrationskonferenz der Bundesstadt Bonn

Freitag, 20. März 2015
16.30–21.30 Uhr
Altes Rathaus/Markt, 53111 Bonn

Workshop 7 Begrenzt willkommen?!
Berufliche Integration von
erwachsenen Zuwanderern
Victoria Appelbe
Stadt Bonn, Amt für Wirtschaftsförderung
Manfred Kusserow
Agentur für Arbeit Bonn
Günter Schmidt-Klag
Jobcenter Bonn
Birgit van Tessel
Bildungswerk für Friedensarbeit

Workshop 8 Interreligiöser Dialog in Bonn
Abdilaq Azrak
AK Muslime und Christen im
Bonner Norden
Claudia Mohadjeri
Bahá'í Gemeinde Bonn
Dr. Johannes Sabel
Katholisches Bildungswerk Bonn
Dr. Beate Sträter
Islambeauftragte Evangelischer
Kirchenkreis Bonn

20.15 Uhr–
21.30 Uhr **Ausklang mit Imbiss**

21.30 Uhr **Ende**

Anmeldung
Bitte melden Sie sich mit der beigefügten Anmelde-
karte oder per E-Mail bis 17.3.2015 verbindlich an.

Senden Sie Ihre Anmeldung an:

Bundesstadt Bonn
Integrationsbeauftragte
Stabsstelle Integration
Altes Rathaus
Rathausgasse 5 – 7
53111 Bonn
Fax 0228 / 77 32 15
integrationsbeauftragte@bonn.de

Sie erhalten **keine** Anmeldebestätigung
und werden nur dann benachrichtigt,
wenn Ihre Teilnahme nicht möglich sein sollte.

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos.

Weitere Informationen:
www.integration-in-bonn.de

Herausgeber
Der Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn
Stabsstelle Integration / Presseamt, März 2015

stabsstelle integration

Den kompletten Flyer gibt es auf den Seiten [39](#) und [40](#).

Diesem Workshop folgte am Montag, den 27. April 2015 die Seminarveranstaltung „**Praxistag Antidiskriminierungsberatung: Fallbeispiele und Interventionsmöglichkeiten**“, für das Kommunale Integrations-Zentrum der Stadt Bonn zum Themenfeld Antidiskriminierungsarbeit im Stadthaus Bonn.

Das Seminar richtete sich an Fachkräfte aus Beratungsstellen/Organisationen, die im Arbeits- und Beratungsalltag Menschen mit Diskriminierungserfahrungen begegnen und unterstützen möchten.

Welche Interventionsmöglichkeiten sind im Einzelfall angebracht? Worauf muss rechtlich geachtet werden? Wie werden relevante Schreiben formuliert? Wo liegen die Möglichkeiten und Grenzen der Antidiskriminierungsberatung?

Anhand von Fallbeispielen wurden diese und weitere Fragen mit der Rechtsanwältin und Antidiskriminierungsberaterin des **GleichBehandlungsBüros Aachen**, Isabel Teller, bearbeitet.



Aus der Projektarbeit des **Planerladen e.V.**

Der **Planerladen e.V.** veranstaltet das Forum „Wo bleibe ich? – Wohnen für Neuzuwanderer“

Vorbildhaftes Modernisierungsprojekt mit und für Neuzuwanderer in Berlin-Neukölln

In Berlin-Neukölln hat die Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft vorbildhaft gezeigt, wie den menschenunwürdigen und ausbeuterischen Wohnverhältnissen von Neuzuwanderern begegnet werden kann und gleichzeitig Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden können.

Hier wurde ein 137 Wohneinheiten umfassender Wohnblock an der Harzer Straße, in dem bis zu 70% Roma in prekären Verhältnissen lebten, gekauft und zusammen mit und vor allem für Neuzuwanderer saniert. Viele der Helfer und Helferinnen konnten nach den Umbau- und Sanierungsarbeiten aus ihrer Aushilfsstelle in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden. Zusätzlich zum neu geschaffenen Wohnangebot werden Integration, Bildung und Gesundheit der Neuzuwanderer fortlaufend durch zahlreiche flankierende soziale Angebote unterstützt. Begleitet wird das Projekt von dem Verein AspE e.V.



Übertragbarkeit nach Dortmund



Rund 70 interessierte Fachleute und Bewohner waren im März der Einladung des Planerladen e.V. zu einer Kooperationsveranstaltung mit dem Mieterverein Dortmund und Umgebung e.V., der AWO Integrationsagentur und der Auslandsgesellschaft NRW gefolgt, um lebhaft mit den eingeladenen Experten zu diskutieren.

Die Experten waren beeindruckt von dem Neuköllner Modell, zumal die Wohnungsgesellschaft für die Modernisierung keinerlei öffentliche Förderung in Anspruch genommen hat.

Das Projekt zeigt sehr überzeugend gangbare Wege auf: „Vor allem der Wille und der Mut der ‚Aachener‘ müssen kopiert werden und der Weg entsprechend den Dortmunder Voraussetzungen beschritten werden“, appelliert Tülin Kabis-Staubach vom Planerladen. „Neuzugewanderten wurde zunächst konzentriert Wohnraum angeboten, um damit auch konzentriert und logistisch einfach die sozialen Angebote direkt vor Ort anbieten zu können. So gelang es in relativ kurzer Zeit aufzuzeigen, dass das Problem nicht im geballten Wohnen, sondern an der Not und Ausweglosigkeit der Menschen lag.“

In Dortmund stellt sich die Situation für Neuzugewanderte bisher (noch) weniger positiv dar: Als vor rund zwei Jahren die städtische Wohnungsgesellschaft DOGEWO21 damit begann, einige der sogenannten Problemhäuser aufzukaufen und mit lukrativer Landesförderung zu sanieren, weitere Eigentümer dem Beispiel folgten und qualitativen Wohnraum in der Nordstadt schufen, gehörten



Neuzugewanderte ausdrücklich nicht zu den Zielgruppen. Rainer Stücker vom Dortmunder Mieterverein sieht hier den Abbau von Vorteilen bei den Vermietern an erster Stelle. Zudem werden Stimmen laut, das städtische Wohnungsunternehmen bei der Lösungssuche in die Pflicht zu nehmen.



In Bezug auf die private Wohnungswirtschaft kommt hingegen das Dilemma zum Tragen, dass wegen der fehlenden Arbeitsmöglichkeiten und dem Ausschluss der Neuzuwanderer aus den Sozialsystemen die Mietzahlungen nach wie vor häufig nicht gesichert sind. Ricarda Erdmann von der AWO wünscht sich, dass Zuwanderung als Normalität endlich akzeptiert wird und auch Neuzuwanderer einen uneingeschränkten Zugang zum „normalen“ Mietwohnungsmarkt erhalten.

Mehr unter: http://www.planerladen.de/uploads/media/Doku_Forum_Wohnen_fuer_Neuzuwanderer.pdf

Neues Projekt des Planerladen e.V. für Jugendliche aus Bulgarien und Rumänien: Mit „JuDo“ Teilhabe fördern, Engagement und Miteinander stärken, Vorurteile abbauen!



Das im Dezember 2014 gestartete und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für drei Jahre geförderte Projekt JuDo (Jugendliche in der Dortmunder Nordstadt - Stärkung der Teilhabe von osteuropäischen Neuzuwanderern) hat sich zum Ziel gesetzt, die Teilhabe der jungen Neuzugewanderten im Alter zwischen 12 - 27 Jahren zu fördern und sie in ihrem Engagement und Miteinander zu stärken. Gleichzeitig werden gemeinsam

Maßnahmen ergriffen, um vorhandene Vorurteile durch einen besseren Dialog untereinander und mit der Aufnahmegesellschaft abzubauen.

Erste Kontakte zu Jugendlichen wurden geknüpft und Einzelgespräche geführt. In aktivierenden Gesprächen wurden die Jugendlichen über das Projekt informiert, nach ihren Ideen und Wünschen befragt sowie auf Mitmachmöglichkeiten aufmerksam gemacht. Über die Entwicklung von Personenvertrauen hinaus schaffen gemeinsame Unternehmungen Gelegenheiten zu Austausch und Kennenlernen auch über bestehende Gruppengrenzen hinweg. Mit sportlichen Aktivitäten wie der Teilnahme an einem Baseball-Training eines Nordstadtvereins, Billard-, Kicker- und Tischtennisturniere oder mit einem asiatischen Go-Spiel-Tag werden die Jugendlichen zusammengebracht.

In den nächsten drei Jahren werden die Jugendlichen und jungen Erwachsenen schrittweise in ihrem Selbstvertrauen dahingehend gestärkt, dass sie selbst aktiv werden und ihre Ideen im Stadtteil einbringen können.

Weitere Informationen sowie Flyerdownload unter <http://www.planerladen.de/judo.html>

Das Dortmunder Bürgerforum „Nord trifft Süd“ befasste sich in seiner vergangenen Veranstaltungen mit Spiel und Freizeit im Stadtteil



Wenn der graue Alltag zu viel wird, suchen wir Erholung im Spiel und in Freizeit. Gleichgesinnte finden zusammen und engagieren sich. Mit ihrem Engagement prägen die Vereine und Gruppen das Leben im Stadtteil und leisten einen wichtigen Beitrag für mehr Spaß, Miteinander und Teilhabe in der Gesellschaft. In fast jedem Stadtteil gibt es Vereine und Gruppen, die sich mit Spiel und Freizeit in vielfältigster und

bedeutsamer Weise einbringen. Der *Verein zur Förderung der Jugendkultur Dortmund e.V.* stellte seine Skateboard-Initiative-Dortmund vor, die *Spiele-Initiative Stollenpark* zeigt Jugendlichen klassische Brettspiele und organisiert auch Turniere. *ATC-Parkour* berichtete über eine Sportart, die immer beliebter wird: Parkour bezeichnet eine Fortbewegungsart, deren Ziel es ist, möglichst effizient ohne Hilfsmittel von A nach B zu kommen. *Go Spiel Dortmund* beschäftigt sich mit einem aus Asien kommenden strategischen Brettspiel.

Mehr: <http://www.planerladen.de/fileadmin/Dateien/PL/Projektbereiche/Begegnung/NordTrifftSued/9. Buergerforum-Bericht 10 12 2014.pdf>

Tag der Solidarität

In Form einer Kundgebung und Demonstration gedachten am 4. April 2015 mehrere Hundert Menschen dem Dortmunder Mehmet Kubasik. Der Kioskbesitzer kam vor 9 Jahren bei einem Mordanschlag des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) ums Leben.



Der Demonstrationszug startete am ehemaligen Kiosk des Ermordeten und führte zum Mahnmal der NSU-Opfer. Dort legte Kubasiks Tochter unter betroffener Anteilnahme der Mitdemonstranten einen Kranz nieder.

Vertreter und Vertreterinnen des Bezant e.V. und weiterer Vereine und Institutionen erläuterten die Hintergründe der Mordserie des NSU und forderten eine vollständige Aufklärung des Falles.



Planerladen e.V. – Aktivitäten des Jugendforums Dortmund-Nordstadt

Das Jugendforum Nordstadt ist ein Projekt des Planerladen e.V. zur Umsetzung von Beteiligungsmaßnahmen mit Kindern und Jugendlichen. Das Projekt fördert die gesellschaftliche und politische Teilhabe an demokratischen Prozessen und Entscheidungen von Kindern und Jugendlichen im Stadtteil. Von 2011-2014 wurde das Projekt im Rahmen des Förderprogramms Soziale Stadt, Dortmund Nordstadt mit Mitteln der EU, des Bundes, des Landes NRW und der Stadt Dortmund gefördert.



Große Freude beim Planerladen e.V. und den Nordstadt-Jugendlichen: Das Jugendforum Nordstadt wurde in Berlin als „vorbildlich“ ausgezeichnet!

Das Jugendforum Nordstadt des Planerladen e.V. wurde im Rahmen des Wettbewerbs "Aktiv für Demokratie und Toleranz 2014" vom Beirat des Bündnisses für Demokratie und Toleranz in Berlin als „vorbildlich“ eingestuft und ausgezeichnet.

Expert*innen und Jugendliche im Austausch: „Berufsperspektiven für Jugendliche (mit Migrationshintergrund) in Dortmund“

Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung haben rund 60 Prozent der Betriebe in NRW noch nie einen Azubi mit Migrationshintergrund eingestellt. Dabei hat heute mehr als ein Viertel der Jugendlichen ausländische Wurzeln. Von Chancengleichheit und Bildungseinheit sind wir demnach weit entfernt. Besonders in Anbetracht des vielerseits beklagten Fachkräftemangels und nicht vergebenen Ausbildungsplätzen ist diese Entwicklung wenig nachvollziehbar.

Woher kommen die Vorbehalte der Unternehmen gegen Jugendliche mit Migrationshintergrund? Wie kann man diese abbauen? Was kann man als Jugendlicher tun, um sich in der Arbeitswelt bestmöglich zu positionieren?

Zusammen mit Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW diskutierten auf Einladung des Planerladen e.V. im Mai Jugendliche des Jugendforums Nordstadt diese und viele andere Fragen rund um das Thema. Der offene Austausch wurde von Martina Helm, Berufsberaterin der Agentur für Arbeit, und Tina Rosecker, Vertreterin des Jugendmigrationsdienstes bei VIA e.V., begleitet. Die Moderation leitete der Sprecher des Jugendforums Zana Yekta.

Abschlussveranstaltung des Jugendforums Nordstadt



Zum Ende der Förderphase im Dezember 2014 stellten Jugendliche, die im Projekt tätig waren und weiterhin aktiv bleiben, ihre in den letzten drei Jahren entwickelten Projekte vor.

Als besonderen Höhepunkt übergaben sie ihr selbst geschriebenes Buch „Nordstadtmärchen“ an die Stadterneuerung und das Jugendamt, die dieses Projekt fachlich begleitet und unterstützt haben.

Das Märchenbuch enthält persönliche Geschichten aus dem Leben der Jugendlichen und ist somit ein Spiegel für die vielfältigen Lebenswelten im Quartier.



Kulturelle Diskussionsveranstaltungen des **Planerladen e.V.**

Kabarettabend und Diskussion mit **Fatih Çevikkollu**

Als Kind türkischer Eltern hat der Kölner Kabarettist Fatih Çevikkollu schon früh die Strategie entwickelt, gewissen Problemen einfach mit Humor zu begegnen.

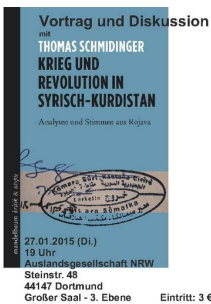
Im Rahmen seines Soloprogramms „FatihTag“ erzählte er Anfang Dezember im Dortmunder Depot über sein Leben als Sohn türkischer Einwanderer, übte humorvoll Kritik an der deutschen Doppelmoral und balancierte gekonnt zwischen Themen wie Religion, Beschneidung, Kopftuchdebatte, Elternschaft, Biotrends, Politik und Verfassungsschutz.

Dabei ging es nicht um Türken und auch nicht um Integration: Çevikkollu sieht in seinem Programm einen Identitätsbildungsauftrag.



Am Ende des Abends sind alle ein bisschen schlauer und fröhlicher, was die begeisterten 125 Zuschauer in Dortmund jetzt auch bestätigen können.

Lesung mit **Thomas Schmidinger** – **Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan: Analysen und Stimmen aus Rojava**



Als Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie/Europäisches Zentrum für kurdische Studien bereiste der Politikwissenschaftler und Kultur- und Sozialanthropologe Thomas Schmidinger seit 1999 alle Teile Kurdistans. Zuletzt lag sein Forschungsschwerpunkt in der Region Rojava (auch: West-Kurdistan). Die Sicherheitslage dort ist nach wie vor prekär. 2012 gelang den syrischen KurdInnen zwar die Aufstellung eines Übergangsregimes, doch die politische Stabilität wurde weiterhin durch Aufstände, Revolution, Bürgerkrieg und jihadistischen Terror gefährdet. Durch die Schlacht um Kobanê im September 2014 spitzte sich die Lage weiter zu.

Ausgehend von seinen Erfahrungen gab Schmidinger einen aktuellen Einblick über eine Region zwischen Revolution und Bürgerkrieg. Dazu las er aus seinem Buch „Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan: Analysen und Stimmen aus Rojava“ und diskutierte anschließend angeregt mit den fünfzig Zuhörern.

Lesung und Diskussion mit Bruno Schirra zu islamistischen Netzwerken

Der Journalist und Nahostexperte Bruno Schirra recherchiert seit Jahren zu islamistischen Netzwerken. Auf Einladung des Planerladen e.V. und dessen Kooperationspartnern las er im März aus seinem Buch „Globaler Dschihad. Wie der „Islamische Staat“ den Terror nach Europa trägt“. Anschließend an die Lesung beantwortete er in einer Diskussionsrunde zahlreiche Fragen aus dem Publikum.



Mit der Zerschlagung der Al-Qaida hielt man die vom islamistischen Terror ausgehende Gefahr im Westen zunächst für abgewendet. Scheinbar schlagartig und nahezu unbemerkt von westlichen Politikern und Journalisten formierte sich jedoch binnen kürzester Zeit die Terrororganisation „Islamischer Staat“. Dabei übersteigen die von den IS-Kämpfern begangenen Gräueltaten in Brutalität und Ausmaß alles bisher Dagewesene.

In seinem Buch beleuchtet Schirra den Ursprung und die neue Qualität des Terrors und zeigt die Verbindungen zur deutschen und europäischen Salafisten-Szene auf.

„Von Mauerfall bis Nagelbombe“ – Lesung mit Kurzfilm und anschließender Diskussion

Auf Einladung von Planerladen e.V., Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, Bezent e.V. und der Initiative „Keupstraße ist überall“ setzten sich interessierte Bürgerinnen und Bürger noch einmal mit den Vorgängen und Hintergründen rund um das am 09. Juni 2004 verübte sogenannte Nagelbomben-Attentat in der Kölner Keupstraße auseinander.

In ihrer in deutscher und türkischer Sprache gehaltenen Lesung aus dem Buch „Von Mauerfall bis Nagelbombe“ erinnerten die VertreterInnen der Initiative „Keupstraße ist überall“ daran, dass der Anschlag und der damit einhergehende Prozess als Spiegel für den in Deutschland allgegenwärtigen Rassismus gesehen werden muss, der noch heute fest in unseren gesellschaftlichen und politischen Strukturen verankert ist. Schon der Buchtitel verweist darauf, dass Deutschland seit dem Mauerfall keineswegs frei von Rassismus und Fremdenhass ist. Es ist vielmehr eine Kontinuität von Straftaten zu beobachten, bei denen rechte Motive naheliegend waren, die aber nie als solche gehandelt wurden.

Die zahlreichen TeilnehmerInnen der Diskussionsrunde kamen zu dem Schluss, dass nur durch Engagement und Kooperation, auch über das Ende des NSU-Prozesses hinaus, dieses Thema nicht in Vergessenheit geraten würde. Es gebe jedoch auch neue Formen von Rassismus, wie gegen Asylanten, Roma und andere Minderheiten. Alle, auch MigrantInnen späterer Generationen, seien verantwortlich dafür, deren Interessen zu vertreten und gegen Fremdenfeindlichkeit einzustehen.



Generation Erdoğan – Die Türkei, ein zerrissenes Land im 21. Jahrhundert: Lesung und Diskussion mit Cigdem Akyol

Recep Tayyip Erdoğan polarisiert. Seine Politik steht für die fortschreitende Islamisierung der türkischen Gesellschaft. Mit seinem Kurs stößt er im In- und Ausland auf Kritik. Beginnend mit den berühmten Gezi-Protesten im Jahr 2013 stellten sich unzählige Bürger dem neu angestrebten Staatsprinzip entgegen. Weltweit beeindruckten die Türken mit ihrem harten Kampf für mehr Demokratie und gegen ihren autoritären Regierungschef – der nur ein Jahr später durch eine überwältigende Mehrheit zum Staatspräsidenten gewählt wurde.

Wie passt das zusammen? Wieso fühlt sich die Mehrheit der türkischen Wähler von Erdoğan Politik angesprochen? In ihrem Buch sucht Cigdem Akyol, Journalistin und Türkei-Korrespondentin für zahlreiche namhafte deutschsprachige Medien, Antworten auf diese Fragen.

Abseits der einschlägigen Berichtserstattung legt Akyol die Gründe für Erdoğan's Erfolg plausibel offen. Nach Zeiten politischer und wirtschaftlicher Instabilität brachte Erdoğan der Türkei den erhofften Aufschwung. Dabei stellt er sich auf eine Stufe mit dem einfachen Volk – den sogenannten schwarzen Türken, denen er selbst angehört. So generiert er Wählerstimmen aus einer lange vernachlässigten, als Unterschicht abgehandelten Mehrheit.

In einer angeregten Diskussion hinterfragten die fünfzig interessierten Teilnehmer nicht nur Erdoğan's Antrieb und Erfolg, sondern besprachen auch mögliche Zukunftsszenarien und Lösungsansätze. Viele blicken mit Hoffnung auf aufstrebende kleinere Oppositionsparteien, die den Bürgern eine demokratische Alternative zu Erdoğan's autoritärer Politik bieten. Auch mutige Journalisten, die eine lückenlose und unabhängige Berichtserstattung ermöglichen, können zu diesem Prozess beitragen. Letztendlich sind es jedoch die Wähler, also alle Türken und Türkinnen selbst, die ihre Chance nutzen müssen, die Demokratie in ihrem Land zu bewahren.



„Von Nächstenliebe keine Spur“ **Runder Tisch der Religionen, Siegen**

Unter der Überschrift „Von Nächstenliebe keine Spur“ widmet die SZ fast eine halbe Zeitungsseite einem Vortrag über das „Denken des radikalen Islam“ beim Neujahrsempfang Burbacher Unternehmer. Über den islamistischen Extremismus und seine tatsächlichen Gefahren ist in diesem Text allerdings nichts zu erfahren. Denn die wichtige Unterscheidung zwischen islamistischem Extremismus und dem Islam als Weltreligion wird vollständig beiseite gewischt. Auf diese Weise können alle extremistischen Übel pauschal dem Islam angelastet werden. Nicht der Extremismus, sondern die islamische Religion selbst sei unfähig zur Demokratie, weil sie Staat und Religion zugleich sein will, weil sie die Gleichheit aller Menschen negiert, weil sie die Frauen verachtet, besonders die nichtmuslimischen. Und all dies deshalb, weil der Koran keine Nächstenliebe kennt. Daher gibt es für den Referenten nur eine Chance, Muslime für die Demokratie zu gewinnen, wenn diese ihren Glauben aufgeben und sich säkularisieren. Soweit, so schlecht! Als ich diesen Artikel mit Muslimen diskutierte, haben diese nur resigniert abgewinkt. Alles schon zu oft gehört!

Jede einzelne dieser Behauptungen ist falsch und abgedroschen, auch wenn sie an Stammtischen und im Internet ein vielfaches Echo finden. Als ganzer ist der Artikel unerträglich – mehr noch, in hohem Maß diskriminierend. Gewiss können sich Burbacher Wirtschaftsführer einladen, wen sie wollen. Schwerer wiegt, dass die Berichtserstattung der SZ keinerlei kritische Distanz gegenüber diesem Unsinn zu erkennen gibt, ja dass die Redaktion der SZ die absurdeste dieser Behauptungen sogar als Aufmacher in die Titelzeile setzt. Wer dem Koran, und damit Muslimen generell die Nächstenliebe abspricht, hat von der anspruchsvollen Ethik der Mitmenschlichkeit in der islamischen Frömmigkeit und ihren stolzen Traditionen nie etwas vernommen, weiß auch nichts darüber, wie muslimische Menschen in Geisweid oder Neunkirchen ihr Leben aus ihrem Glauben heraus gestalten.

Wie wäre es, wenn die SZ einmal Muslime selber zu Wort kommen ließe, wenn es um deren Religion geht? Sie könnte überdies eine regelmäßige Kolumne einrichten, in der jedes einzelne dieser landläufigen Vorurteile über den Islam sachgerecht und kritisch diskutiert würde? In der auch die Ängste vor islamistischen Extremismus bei Muslimen wie Nichtmuslimen aufgenommen und auf ihren Realitätsgehalt geprüft werden könnten, anstatt genüsslich apokalyptische Szenarien vom weltumspannenden Glaubenskrieg zu malen. In allen Umfragen der letzten Jahre halten zwischen 80-90 % der in Deutschland lebenden Muslime die islamische Religion und Demokratie für problemlos miteinander vereinbar. Selbst der konservative Zentralrat der Muslime in Deutschland hat schon 2002 in seiner „Islamischen Charta“ sein Verhältnis zur Demokratie in Deutschland zustimmend definiert. Von all dem weiß der Referent nichts. Es ist schade, dass sich die SZ als hervorragendes Leitmedium in der Region zum Steigbügelhalter solcher das Gemeinwohl gefährdenden Agitationen macht.

Prof. Dr. Thomas Nauman, Evangelische Theologie, Universität Siegen.
Runder Tisch der Religionen, Siegen.

Information
und Unterstützung
bei Diskriminierung
aufgrund:



einer Behinderung

**Arbeiterwohlfahrt KV-Siegen-Siegen-Wittgenstein/Olpe
Wohnstättenverbund**
Koblenzer Str. 136, 57072 Siegen
Telefon 0271 - 3386220
Internet www.awo-siegen.de

INVEMA e.V.
Roonstraße 21, 57223 Kreuztal
Telefon 02732 - 55290-0
Internet www.invema-ev.de

des Geschlechts

Frauen helfen Frauen e.V.
Freudenberger Str. 28, 57072 Siegen
Telefon 0271 - 21887
Internet www.frauenhelfenfrauen-siegen.de

der sexuellen Orientierung

LIS Lesbische Frauen in Siegen
Freudenberger Str. 67, 57072 Siegen
Telefon 0271 - 2383549

Transsexuell Siegerland
Freudenberger Str. 67, 57072 Siegen

Schule Initiative Siegen e.V.
Freudenberger Str. 67, 57072 Siegen
Telefon 0271 - 53297
Internet www.andersroom.de

des Lebensalters

ALTERAktiv Siegen-Wittgenstein e.V.
Johann-Str. 7, 57074 Siegen
Telefon 0271 - 2346066
Internet www.senioren-siegen.de

Handeln statt Misshandeln e.V.
Initiative gegen Gewalt im Alter
St. Johann Straße 7, 57074 Siegen
Telefon 0271-6609787
Internet www.hsm-siegen.de

der ethnischen Herkunft

**Arbeiterwohlfahrt KV-Siegen- Wittgenstein/Olpe
Integrationsagentur**
Koblenzer Str. 138, 57072 Siegen
Telefon 0271 - 3386280
Internet www.awo-siegen.de

Caritasverband Siegen-Wittgenstein e.V.
Fachdienst für Integration und Migration
Häutebachweg 5, 57072 Siegen
Telefon 0271 - 23602-31
Internet www.caritas-siegen.de

**Diakonie Sozialdienste GmbH Migrations-
beratung für erwachsene Zuwanderer**
Friedrichstr. 27, 57072 Siegen
Telefon 0271 - 5003-107
Internet www.diakonie-sw.de

Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V.
Integrationsagentur
Servicestelle Antidiskriminierungsarbeit
Heidenbergstr. 1c, 57072 Siegen
Telefon 0271 - 31 757 45, Internet www.vaks.info

**Kommunales Integrationszentrum
Kreis Siegen-Wittgenstein**
St.-Johann-Str. 18, 57074 Siegen
Telefon 0271 - 333-2320
Internet www.siegen-wittgenstein.de/KI

des sozialen Status

Diakonische Wohnungslosenhilfe
In der Herrenwiese 5, 57076 Siegen
Telefon 0271 - 48963-43
Internet www.diakonie-sw.de

**Diakonie Sozialdienste GmbH
Beratungsstelle für Erwerbslose**
Friedrichstr. 27, 57072 Siegen
Telefon 0271 - 5003-242
Internet www.diakonie-sw.de

Weitere Partner im Netzwerk

Stadtjugendring Siegen e.V.
Weidenauer Str. 211-213, 57076 Siegen
Internet www.stadtjugendring-siegen.de

**Europäische Städtekoalition gegen Rassismus
der Stadt Siegen**
Weidenauer Str. 211, 57076 Siegen
Telefon 0271 - 404-2211
Internet www.siegen.de

Institut für Kirche und Gesellschaft
Friedrichstr 27, 57072 Siegen
Telefon 0271 - 5003 299,
Mail g.hensch@kircheundgesellschaft.de



Für ein
offenes und
tolerantes
Zusammenleben

Zielgruppenübergreifende
Antidiskriminierungsarbeit in der
Kommune



www.vielfalt-statt-diskriminierung.de

www.vielfalt-statt-diskriminierung.de

www.vielfalt-statt-diskriminierung.de

Diskriminierung

Diskriminierung hat viele Gesichter und äußert sich oft durch Benachteiligung, Ungleichbehandlung, Nichtbeachtung und Ausgrenzung.

Sie ist auch in Siegen alltäglich und betrifft unter anderem:

Menschen mit Behinderung, Frauen, Lesben, Schwule, Transpersonen, MigrantInnen, alte Menschen, wohnungslose Menschen, erwerbslose und in Armut lebende Menschen.

Von Diskriminierung betroffen zu sein, bedeutet eine Beeinträchtigung bei der Wahrnehmung der Grundrechte und die Einschränkung der Lebensqualität jedes einzelnen Menschen.

Diskriminierung ist jedoch nicht nur ein Problem bestimmter Personengruppen, sondern auch ein strukturelles Problem unserer Gesellschaft.

Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben ohne Diskriminierung und Ausgrenzung.

Netzwerk

Das Netzwerk gegen Diskriminierung besteht aus verschiedenen sozialen Organisationen aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein, die Menschen unterstützen, die von Diskriminierung betroffen sind.

Durch Sensibilisierung der Öffentlichkeit setzen wir uns aktiv für den Abbau von Vorurteilen und diskriminierendem Verhalten ein.

Das Netzwerk tritt für ein offenes und tolerantes Zusammenleben ein.

Unterstützung

Diskriminierungserfahrungen haben häufig weitreichende und langfristige Folgen.

Haben Sie Diskriminierung erlebt?

- am Arbeitsplatz
- bei der Wohnungssuche
- in der Öffentlichkeit
- durch Behörden
- in der Schule/an der Uni
- im privaten Bereich
- in Pflege-/Betreuungssituationen

Sie erhalten Informationen und Unterstützung bei den Organisationen des Netzwerkes.



www.vielfalt-statt-diskriminierung.de

4. Integrationskonferenz der Bundesstadt Bonn

Freitag, 20. März 2015
16.30 – 21.30 Uhr
Altes Rathaus / Markt, 53111 Bonn

Workshop 7 Begrenzt willkommen?!
Berufliche Integration von
erwachsenen Zuwanderern
Victoria Appelbe
Stadt Bonn, Amt für Wirtschaftsförderung
Manfred Kusserow
Agentur für Arbeit Bonn
Günter Schmidt-Klag
Jobcenter Bonn
Birgit van Tessel
Bildungswerk für Friedensarbeit

Workshop 8 Interreligiöser Dialog in Bonn
Abdjalq Azrak
AK Muslime und Christen im
Bonner Norden
Claudia Mohadjeri
Bahá'í Gemeinde Bonn
Dr. Johannes Sabel
Katholisches Bildungswerk Bonn
Dr. Beate Sträter
Islambeauftragte Evangelischer
Kirchenkreis Bonn

20.15 Uhr –
21.30 Uhr **Ausklang mit Imbiss**
21.30 Uhr **Ende**

Anmeldung
Bitte melden Sie sich mit der beigefügten Anmelde-
karte oder per E-Mail bis 17.3.2015 verbindlich an.

Senden Sie Ihre Anmeldung an:

Bundesstadt Bonn
Integrationsbeauftragte
Stabsstelle Integration
Altes Rathaus
Rathausgasse 5 – 7
53111 Bonn
Fax 02 28 / 77 32 15
integrationsbeauftragte@bonn.de

Sie erhalten keine Anmeldebestätigung
und werden nur dann benachrichtigt,
wenn Ihre Teilnahme nicht möglich sein sollte.

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos.

Weitere Informationen:
www.integration-in-bonn.de

Herausgeber
Der Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn
Stabsstelle Integration / Presseamt, März 2015

stabsstelle **integration**



Freitag, 20. März 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

erneut steht Integration im Fokus der Öffentlichkeit. Die Aufmerksamkeit richtet sich aktuell vor allem auf Flüchtlinge und EU-Zuwanderer, auf die Rolle der Religionen und auf gewaltbereiten Salafismus. Zugleich werden Rassismus und Diskriminierung in unserer Gesellschaft vermehrt thematisiert.

Zu diesen, aber auch zu vielen anderen Themen im breiten Handlungsfeld Integration müssen wir auch in unserer Stadt inhaltliche Positionen und Maßnahmen diskutieren und weiterentwickeln. Daher laden wir Sie herzlich zur vierten Integrationskonferenz der Stadt Bonn ein, die in diesem Jahr den Auftakt zur Fortschreibung des kommunalen Integrationskonzeptes bilden wird.

Das erste Integrationskonzept der Stadt Bonn wurde im Jahr 2010 vom Rat beschlossen und 2012 um einen Sachstandsbericht ergänzt. Unter Einbeziehung der Akteure der Bonner Integrationsarbeit soll es nunmehr 2015 weiterentwickelt werden. Wir freuen uns daher auf Ihre Anregungen und Vorschläge.

Die Integrationskonferenz greift acht Schwerpunktthemen auf und berücksichtigt dabei sowohl aktuell diskutierte Themen als auch wesentliche Fachthemen der Integration. Bitte nutzen Sie die Konferenz auch zum Austausch und zur Kontaktpflege. Eingeladen sind alle, die sich in Bonn haupt- oder ehrenamtlich für Vielfalt, Integration und Partizipation einsetzen. Wir freuen uns auf Ihr Kommen!


Jürgen Nimptsch
Oberbürgermeister


Coletta Manemann
Integrationsbeauftragte

16.00 Uhr
16.30 Uhr
Ankunft, Kaffee und Tee
Eröffnung

Gabriele Klingmüller
Bürgermeisterin der Stadt Bonn

Thorsten Klute
Staatssekretär im Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Coletta Manemann
Integrationsbeauftragte der Stadt Bonn

17.30 Uhr –
18.45 Uhr
Workshops 1 bis 4 (parallel)

Workshop 1
Sprachliche Bildung in Familie und Kita
Livia Daveri

Referentin für Sprachbildung im Kindesalter

Achim König
Verband binationaler Familien und
Partnerschaften iaf e.V.

Marlies Wehner
Fachstelle für interkulturelle Bildung und
Beratung FiBB e.V.

Workshop 2
Antidiskriminierungsarbeit
gestern und heute

Marie Theres Aden-Ugbomah
Pädagogisches Zentrum Aachen e.V.,
Gleichbehandlungsbüro

Workshop 3
Zwischen Hoffnung und Resignation:
Jugendliche an der ersten Schwelle
zum Arbeitsmarkt

Wolfgang Küpper
Karl-Simrock-Schule für Berufsorientierung,
Schulsozialarbeit

Margarete Lützenkirchen
Heimstatt e.V. Bonn,
Jugendmigrationsdienst
Christoph Pauly
GKN Sinter Metals GmbH
Joachim Wittbrodt
Schulamit der Stadt Bonn,
Regionales Bildungsbüro

Workshop 4
Flüchtlinge in Bonn
Gabriele Al-Barghouthi
Caritas - Haus Mondial,
Fachdienst für Integration und Migration
Carmen Martinez Valdés
Ausbildung statt Abschiebung AsA e.V.
Almut Schubert
Ev. Migrations- und Flüchtlingsarbeit

19.00 Uhr –
20.15 Uhr
Workshops 5 bis 8 (parallel)

Workshop 5
Sprachliche Bildung in Schule
und Berufsvorbereitung

Anke Backhaus
Universität Bonn, Lehrerbildung,
Arbeitsbereich Deutsch als Zweitsprache
Claudia Rodemann
Euro-Schulen Bonn,
Projektleitung ESF-BAMF

Frank Rosbund
Schulamit für die Stadt Bonn,
Untere Schulaufsicht für Haupt- und
Förderschulen

Workshop 6
Empowerment gegen Rassismus
und Diskriminierung

Marie Theres Aden-Ugbomah
Pädagogisches Zentrum Aachen e.V.,
Gleichbehandlungsbüro